



Kinderreport Deutschland 2024

Demokratiebildung in Deutschland

Impressum

Herausgeber

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Leipziger Straße 116–118, 10117 Berlin
www.dkhw.de

Autor*innen

Kai Hanke, Holger Hofmann, Uwe Kamp, Thomas Krüger, Till Mischko, Nina Ohlmeier

Redaktion

Kai Hanke (Leitung), Nina Ohlmeier, Uwe Kamp, Sylvia Kohn

Layout

Judith Gärtner

Korrektorat

Wirth Lasse GbR

Druck

Pinguin Druck GmbH

Diese Broschüre wurde auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Bildnachweise

J. Zimmermann (Titelbild), Martín. R. Ponce-de-León (S. 43),
Andreas Lemke (S. 44, S. 46, S. 49, S. 52), Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (S. 51)

© 2024 Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

ISBN 978-3-922427-55-1

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Kinderreport Deutschland 2024

Demokratiebildung in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Kinderreport 2024

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

6

Deutsches Kinderhilfswerk

Erhebung und Untersuchungsdesign	6
Verantwortung für die Demokratie übernehmen	8
Kompetenz von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen	13
Fähigkeiten von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen	16
Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit	20
Verantwortung für die Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen	30
Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen	35

Demokratie braucht Demokrat*innen –

Politische Bildung stärken und Kinderarmut bekämpfen

42

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

Aufstieg des Rechtspopulismus	43
Kinderarmut und ihre Auswirkungen auf das politische Engagement	45
Was es braucht: Demokratiebildung von klein auf	48
Kinderarmut bekämpfen	50
Fazit	53

Vorwort

Holger Hofmann

Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss immer wieder von Gesellschaften insgesamt, aber auch von jedem und jeder Einzelnen mit Leben gefüllt und verteidigt werden. Dieses Engagement für Demokratie ist nicht nur ein allgemeines gesellschaftspolitisches Anliegen, sondern auch eine Voraussetzung für die konsequente Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland. Deshalb widmet sich das Deutsche Kinderhilfswerk mit dem vorliegenden Kinderreport zum wiederholten Mal der Frage, in welchem Verhältnis Kinder und Jugendliche zur Bewahrung demokratischer Werte und Prozesse stehen.

Wir erleben derzeit schmerzlich, wie Angriffe auf und Verachtung gegenüber demokratischen Werten zunehmen, wie autoritäre, rechtsextreme Haltungen in der Gesellschaft erstarken. Diese bedrohliche Entwicklung geht einher mit Finanzierungs- und Ressourcenengpässen bei zahlreichen Strukturen zur Pflege und Förderung demokratischer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen in Schulen und Kitas, in der Kinder- und Jugendarbeit oder der informellen politischen Bildung. Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die junge Generation hinken dem politischen Beteiligungswillen und vor allem dem gemäß UN-Kinderrechtskonvention expliziten Recht von Kindern auf gesellschaftliche Mitbestimmung noch immer hinterher. Als Kinderrechtsorganisation ist es uns deswegen ein Anliegen, in den Blick zu nehmen, welche Rolle Kinder bei der nachhaltigen Erhaltung unserer Demokratie einnehmen können und in welchem Verhältnis ihre demokratischen Kompetenzen und Haltungen zur Verwirklichung von Kinderrechten in Deutschland stehen.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Kinderreports 2024 ist das Thema Demokratiekompetenz und Demokratieförderung in Deutschland. Damit wird

ein Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen. Wir dürfen, insbesondere aus kinderrechtlicher Sicht, Demokratie nicht einfach nur als politische Ordnung begreifen, sondern auch als Wertesystem. Sie normiert unser Zusammenleben und gibt einen Rahmen vor für politische Entscheidungen und die Gestaltung unserer Gesellschaft. Genau deswegen ist uns auch die Sichtweise von Erwachsenen wie jungen Menschen auf die Demokratiekompetenz sowie die Haltungen zu demokratischen Prozessen ein kinderrechtlich so bedeutendes Anliegen.

Für den Kinderreport 2024 haben wir ein repräsentatives Stimmungsbild unter Erwachsenen sowie Kindern und Jugendlichen erhoben. Durch die parallele Befragung von Erwachsenen und Kindern analog der Umfrage zum Kinderreport 2017 können wir dabei sowohl Vergleiche ziehen zwischen den aktuellen Sichtweisen unterschiedlicher Altersgruppen als auch Veränderungen dieser Stimmungsbilder im Zeitverlauf herausarbeiten.

Ihnen, liebe Leser*innen, wünsche ich eine angelegte Lektüre und kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des diesjährigen Kinderreports. Dabei muss eines klar sein: Die Forderung nach Erhalt der Demokratie wird nicht mit einfachen Antworten auskommen, nicht nur als Momentaufnahme und Lippenbekenntnis funktionieren. Konsequenzen müssen vielmehr an mehreren Stellen zugleich gezogen werden, erfordern Nachhaltigkeit, Finanzierung, Engagement. Aber diesen Aufwand dürfen wir nicht scheuen, niemals – im Sinne der Rechte von Kindern und Jugendlichen, letztlich aber in unser aller Interesse.

Berlin, Juni 2024

Kinderreport 2024

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Deutsches Kinderhilfswerk

Erhebung und Untersuchungsdesign

Für den diesjährigen Kinderreport wurden im Januar 2024 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes vom Meinungs- und Politikforschungsinstitut Verian (ehemals Kantar Public) zwei Erhebungen durchgeführt: Befragt wurden 666 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 17 Jahren sowie 1.006 Erwachsene (deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren). Die Erhebung unter Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits in den Vorjahren als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 02. bis 16. Januar 2024. Die Befragung der Erwachsenen wurde wiederum als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert und vom 09. bis 10. Januar 2024 durchgeführt.

Mithilfe der parallelen Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, dieses Mal mit dem Themenschwerpunkt Demokratiebildung in Deutschland. Damit wird ein vertiefender Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen. Im Einzelnen wurde abgefragt, ob der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zuge-
traut wird, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen und ob es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Gefragt wurde auch, welche Kompetenzen hilfreich sind, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, und ob Kinder und Jugendliche über diese aktuell verfügen. Weiterer Befragungsschwerpunkt waren Gründe für den Verlust von

Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit bei den Kindern und Jugendlichen. Schließlich wurde nachgefragt, welche gesellschaftlichen Akteur*innen die Hauptverantwortung für die Demokratieerziehung der Kinder und Jugendlichen tragen und welche Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei der jungen Generation geeignet sind.

Die Befragungen zum Kinderreport 2024 fanden statt in einer Zeit großer politischer Unsicherheiten. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeshaushalt 2024 und damit einhergehenden Sparzielen der Bundesregierung auch im Bereich der Kinder- und Familienpolitik sowie dem gleichzeitig seit längerer Zeit zu beobachtenden Erstarren von Parteien und Positionen am rechten Rand des politischen Spektrums sehen viele Menschen in Deutschland die Demokratie zunehmend gefährdet. Diese Befürchtung geht einher mit einem zunehmenden Vertrauensverlust vieler Bürger*innen in die Problemlösungskompetenz der Politik.



Die Fehlertoleranz der Umfrage bei den Kindern und Jugendlichen liegt mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit bei unter 1,6 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 3,7 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent), die bei den Erwachsenen bei unter 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 3,1 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent).

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage dargestellt und bewertet. Aufgrund der Datenfülle können dabei nicht alle Daten umfassend analysiert und/oder grafisch aufbereitet werden. Vielmehr fokussieren sich die Ausführungen vor allem auf die generellen Erkenntnisse und statistisch herausstechende Analysen einzelner Faktoren, zum Beispiel des Alters, der

Parteipräferenzen, des Haushaltseinkommens oder der Schulbildung. Wo der Vergleich im Zeitverlauf einen Mehrwert der Analysen verspricht, werden auch Daten aus den vergangenen Befragungen zum Kinderreport oder anderen Befragungen für das Deutsche Kinderhilfswerk als Vergleichsbasis in die Bewertungen mit einbezogen.

Abbildung 1: Methodensteckbrief

	Befragung Kinder und Jugendliche	Befragung Erwachsene
Grundgesamtheit	Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren	Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Stichprobe/ Erhebungsverfahren	Access-Panel; Quoten-Stichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und Bundesland	Repräsentative Zufallsauswahl; Dual Frame; Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	666 Befragte	1.006 Befragte
Erhebungszeitraum	02.–16. Januar 2024	09.–10. Januar 2024
Durchführendes Institut	Verian	


Kinderreport 2024


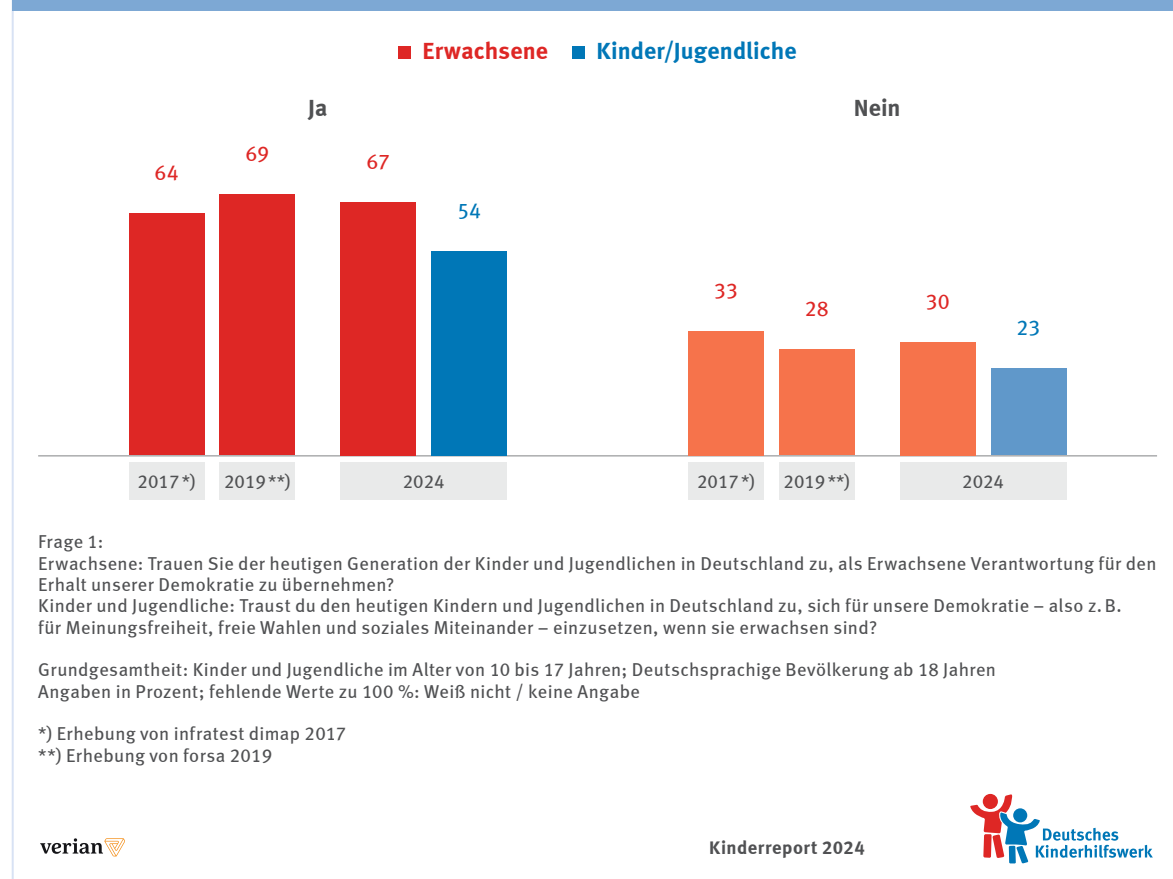
Verantwortung für die Demokratie übernehmen

In den vergangenen Jahren musste angesichts neu auftretender oder seit Langem bestehender und sich verschärfender globaler Krisen ein zunehmender Vertrauensverlust vieler Bürger*innen in die Problemlösungskompetenz der Politik konstatiert werden. Die Zunahme von Migrationsbewegungen, die Klimakrise und damit einhergehende Veränderungszwänge auch im unmittelbaren Umfeld vieler Menschen oder der Krieg in der Ukraine sind nur einige Beispiele, die auch die Demokratie in Deutschland auf eine harte Probe stellen. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Frage nach der Zukunft unseres demokratischen Systems bezogen auf die Demokratiefähigkeit der derzeitigen Erwachsenen von Bedeutung. Wichtig ist vor allem auch die Frage, wie sich unsere Demokratie in längerfristiger Zeitperspektive entwickelt und

wie die Demokratiefähigkeit der jungen Generation dabei eingeschätzt wird.

In die Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation haben die erwachsenen Befragten aktuell mehrheitlich Vertrauen: Gut zwei Drittel (67 Prozent) trauen der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Allerdings zeigt sich ein knappes Drittel (30 Prozent) in dieser Frage eher skeptisch. Befragungen in Vorjahren kamen zu ähnlichen Ergebnissen: Das Zutrauen der Erwachsenen in die junge Generation lag bei dieser Frage im Dezember 2016 (für den Kinderreport 2017) bei 64 Prozent, im August/September 2019 (zum Weltkindertag 2019) bei 69 Prozent.

Abbildung 2: Verantwortung für die Demokratie übernehmen



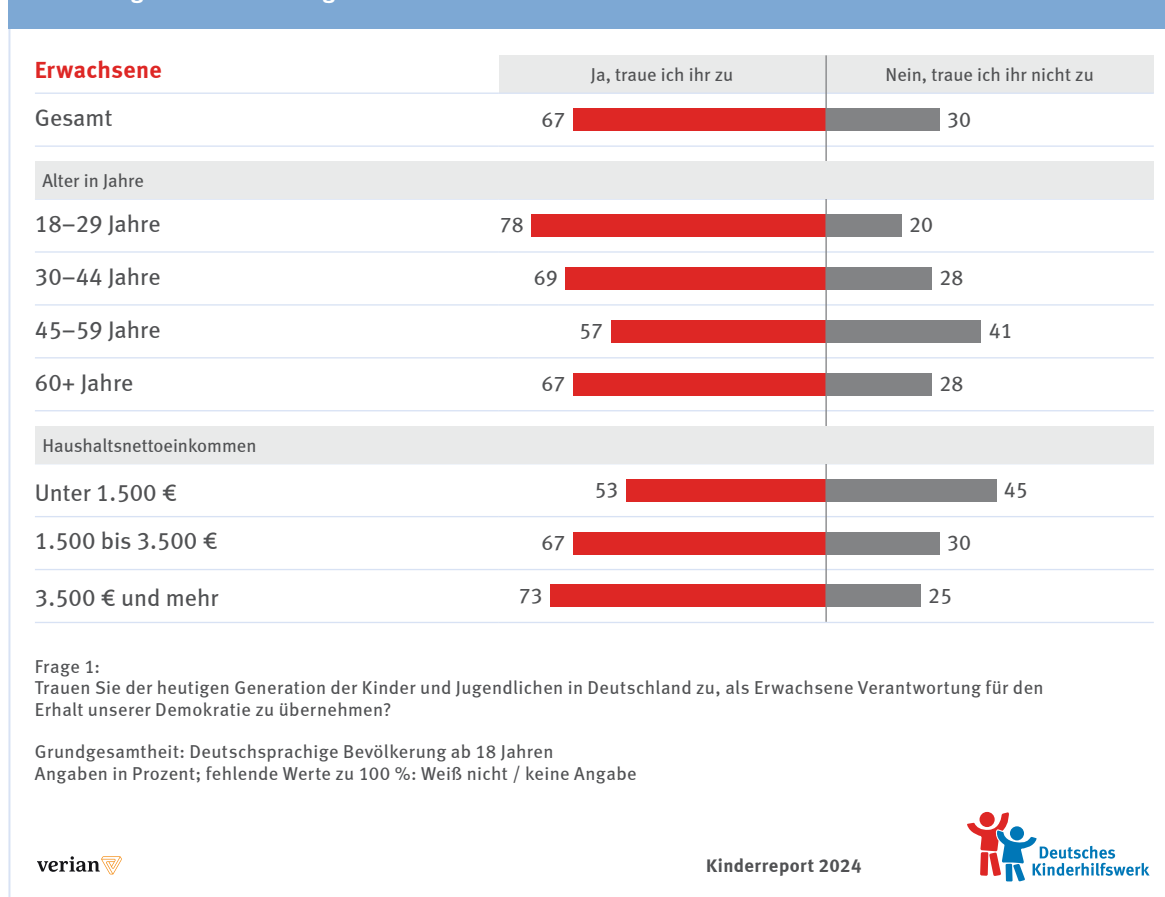
Die Kinder und Jugendlichen sind bei dieser Frage skeptischer. Hier trauen nur 54 Prozent der Befragten der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, 23 Prozent trauen es ihnen nicht zu. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist zu beachten, dass ebenfalls 23 Prozent der Kinder und Jugendlichen bei dieser Frage „Weiß nicht“ angegeben oder keine Angabe gemacht haben.

Bei den Alterskohorten der Erwachsenen haben die 18- bis 29-jährigen mit 78 Prozent das größte Zutrauen in die Demokratiefähigkeit der jungen Generation, weit unterdurchschnittlich ist das bei den 45- bis 59-jährigen mit nur 57 Prozent ausgeprägt. Große Unterschiede sind auch hinsichtlich des Bildungsgrades zu verzeichnen. Insbesondere Befragte mit hohem Schulabschluss

(75 Prozent) haben in dieser Frage Vertrauen zu den Kindern und Jugendlichen. Und bei der Ausdifferenzierung entlang des Haushaltseinkommens zeigt sich, dass die Befragten mit niedrigem Haushaltseinkommen deutlich weniger Zutrauen haben als diejenigen mit hohem Haushaltseinkommen (53 zu 73 Prozent).

Auch fast 35 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten fällt auf, dass in Sachen Demokratie und Demokratiefähigkeit die Bewertungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland noch immer heterogen sind. So bringen in der Frage der Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation 68 Prozent der Westdeutschen dieses Vertrauen entgegen, im Osten liegt die Zustimmungsrate mit 60 Prozent merklich darunter. Diese Differenz war auch 2017 festzustellen (65 zu 58 Prozent), ebenso 2019 (70 zu 64 Prozent).

Abbildung 3: Verantwortung für die Demokratie übernehmen



Bei den befragten Kindern und Jugendlichen sind insbesondere entlang der besuchten Schultypen größere Unterschiede in den Einschätzungen interessant. So sagen nur 43 Prozent der Gesamtschüler*innen, dass sie der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zutrauen, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, gleichzeitig sind aber 63 Prozent der Gymnasiast*innen dieser Meinung.

Entlang der politischen Lager gibt es bei der Frage der Demokratiefähigkeit der jungen Generation sehr deutliche Unterschiede. Großes Zutrauen in die Kinder und Jugendlichen haben vor allem die Anhänger*innen der Grünen (92 Prozent) und der Linken (82 Prozent) sowie der SPD (73 Prozent) und der FDP (71 Prozent), sowie mit leichten Abstrichen die Anhänger*innen der Unionsparteien (64 Prozent). Anders sieht es im Lager der AfD aus: Hier trauen nur 36 Prozent der heutigen Generation zu (und damit 22 Prozent weniger als 2017 und 25 Prozent weniger als 2019), als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen.

Abbildung 4: Verantwortung für die Demokratie übernehmen

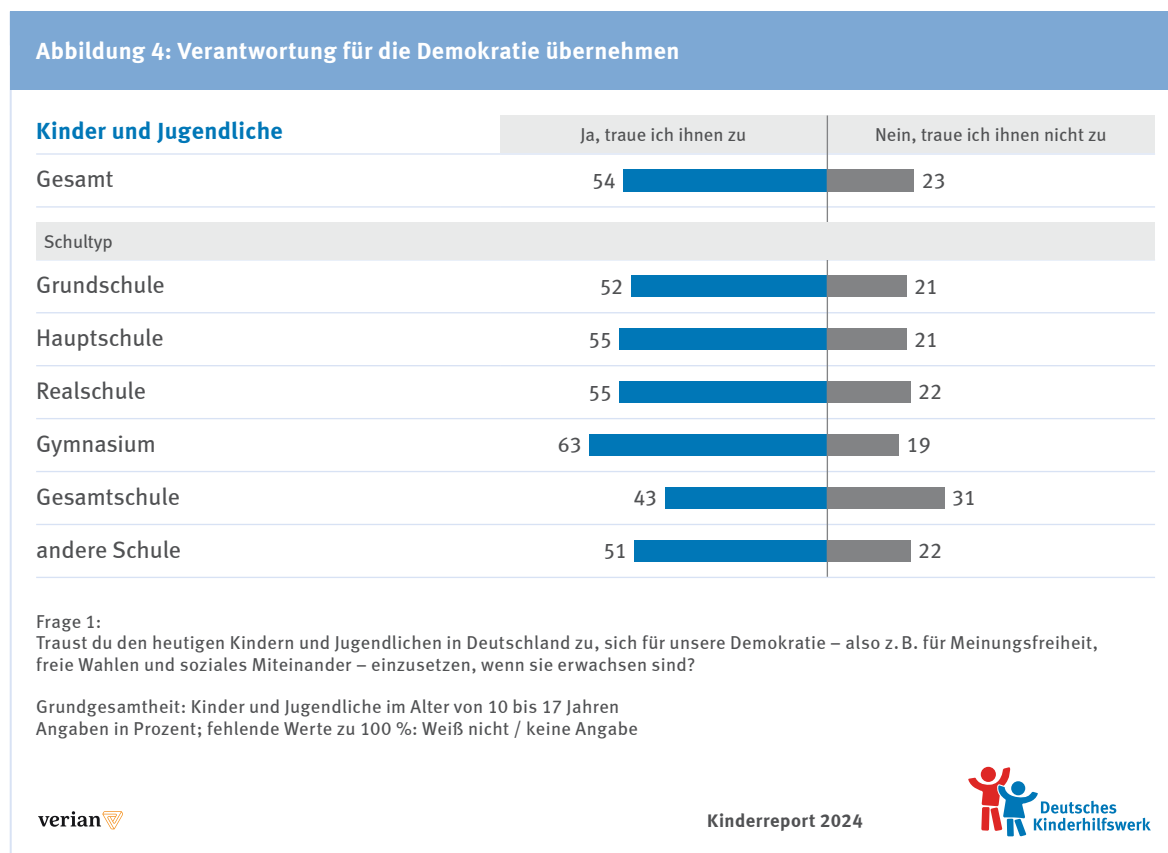


Abbildung 5: Verantwortung für die Demokratie übernehmen

Erwachsene

	Gesamt	Parteipräferenz					
		SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD	Die Linke
2024							
Ja, traue ich ihr zu	67	73	64	92	71	36	82
Nein, traue ich ihr nicht zu	30	24	30	7	23	56	18
2019**)							
Ja, traue ich ihr zu	69	70	68	86	70	61	61
Nein, traue ich ihr nicht zu	28	24	31	13	27	39	37
2017*)							
Ja, traue ich ihr zu	64	69	66	78	84	58	56
Nein, traue ich ihr nicht zu	33	27	31	21	16	40	43

Frage 1:
Trauen Sie der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

*) Erhebung von infratest dimap 2017
**) Erhebung von forsa 2019



Politische Schlussfolgerungen

Auch wenn sich das gesellschaftliche Klima seit 2017 spürbar verändert hat, haben rund zwei Drittel der Erwachsenen weiterhin Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der jungen Generation. Es scheint, dass das Vertrauen der Erwachsenen in die Demokratiekompetenzen von Kindern und Jugendlichen stärker mit einem positiven Bild der jungen Generation zusammenhängt als mit dem gesellschaftlichen Diskurs zum Zustand der Demokratie bzw. der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bevölkerung. Rund ein Drittel der befragten Erwachsenen äußert allerdings weiterhin Skepsis mit Blick auf die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Dies ist ein besorgniserregender Befund, vor allem vor dem Hintergrund, dass es Aufgabe der jetzigen Erwachsenengeneration ist, die nachfolgende Generation auf diese wichtige Aufgabe

vorzubereiten. Denn Erwachsene sind es, die Kindern und Jugendlichen das Wissen über und vor allem die Bedeutung unserer Demokratie näherbringen müssen. Sie sollten Kinder und Jugendliche darin bestärken, unsere Demokratie erhalten und wertschätzen zu können sowie politische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Damit dies erfolgreich gelingen kann, braucht es neben der Vermittlung von Demokratiekompetenzen auch ein verstärktes Vertrauen in Kinder und Jugendliche, dass sie diese Aufgabe praktisch stemmen können. Demokratie kann letztlich nur durch tatsächliche demokratische Teilhabe gelernt werden. Interessant stellen sich die niedrigen Zustimmungsraten bei Wähler*innen der AfD dar, deren Bild von Kindheit und Jugend sich, auch entlang der Antworten auf die weiteren Fragen im Kinderreport, oftmals deutlich von den Anhänger*innen anderer Parteien abhebt.

Dass die befragten Kinder und Jugendlichen weniger Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der jungen Generation haben als die befragten Erwachsenen, könnte auf fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen sowie auf fehlende Zugänge zu politischen Beteiligungsmöglichkeiten zurückführbar sein. Gleichzeitig muss hier aber auch die sehr hohe Quote der „Weiß nicht / keine Angabe“-Antworten berücksichtigt werden. Dennoch bleibt es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Bild von Kindern und Jugendlichen als mündige Bürger*innen zu fördern, die in der Lage sind, ihre Interessen altersgemäß selbstständig zu vertreten. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf niedrigschwellige Angebote für demokratische Teilhabe zu legen, um auch mit Menschen in Kontakt zu kommen, die von den bisherigen Angeboten politischer Bildung aufgrund von Hemmschwellen nicht erreicht werden.

Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf die Zustimmung der erwachsenen Befragten zur Demokratiefähigkeit der jungen Generation bietet auch 35 Jahre nach dem Mauerfall Raum für Spekulationen darüber, wie unterschiedlich die empfundenen Verhältnisse zur praktisch erlebbaren, parlamentarischen Demokratie in unterschiedlichen Teilen der Republik sind. Darüber hinaus zeigt die Differenz entlang des Schulabschlusses (bzw. Schulbesuches bei den befragten Kindern und Jugendlichen) und Haushaltseinkommens auf, wie massiv das Zutrauen in die Demokratiefähigkeit der jungen Generation auch eine Frage des Bildungsniveaus und der sozioökonomischen Lebensverhältnisse von Menschen ist. Angesichts dieser Ergebnisse bleibt es eine vorrangige Aufgabe von Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen, Demokratie-Skepsis ernst zu nehmen, diese konstruktiv abzubauen, Vertrauen zu schaffen, sich dabei für die junge Generation zu öffnen und Formate der Mitbestimmung und Repräsentation junger Menschen zu schaffen. Die selbstkritische Haltung der Jugendlichen muss auch im Zusammenhang mit den besonderen Herausforderungen gesehen werden, denen sie sich in Zukunft stellen müssen. Zudem muss eine Antwort der Politik auf die selbstkritische Haltung junger Menschen im Hinblick auf die Demokratiekompetenzen ihrer eigenen Generation darin bestehen, dieser nachwachsenden Generation gute Bildungschancen zu eröffnen und sie stärker am politischen Diskurs zu beteiligen.

Kompetenz von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen

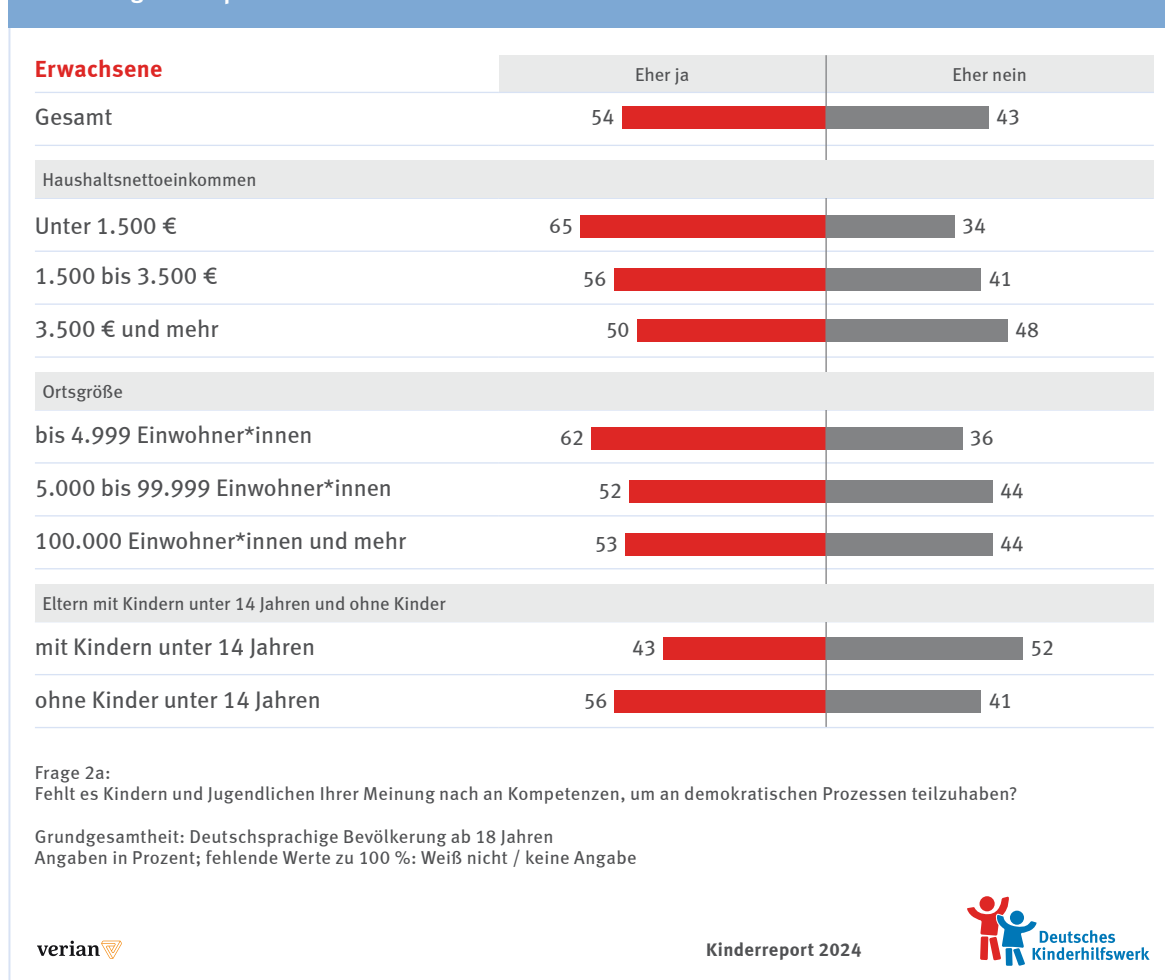
Kinder haben ein Recht darauf, sich an den sie betreffenden Fragen zu beteiligen. Schließlich sind sie Expert*innen in eigener Sache. Jedoch werden Kinder und Jugendliche in Deutschland kaum in die sie betreffenden Prozesse einbezogen und Entscheidungen meist ohne sie gefällt, obwohl das Beteiligungsrecht in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention klar normiert ist.

Von vielen Erwachsenen wird als Grund für die Nichteinbeziehung die angeblich fehlende Kompetenz der jungen Generation angeführt. Das deckt sich mit dem Umfrageergebnis für diesen Kinderreport: 54 Prozent der Erwachsenen sind der Auffassung, dass es Kindern und Jugendlichen an Kom-

petenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, 43 Prozent sind gegenteiliger Meinung.

Insbesondere Erwachsene mit einem niedrigen Haushaltseinkommen sind der Auffassung, dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben (65 Prozent), während bei den Befragten mit hohem Haushaltseinkommen nur 50 Prozent dieser Meinung sind. Fehlende Kompetenzen in dieser Frage sehen auch die Befragten in kleinen Kommunen überproportional oft (62 Prozent). Auffällig ist zudem die Diskrepanz in dieser Frage bei Eltern mit Kindern unter 14 Jahren (43 Prozent) und den Befragten ohne Kinder (56 Prozent).

Abbildung 6: Kompetenz von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen



Auch die befragten Kinder und Jugendlichen sind überwiegend der Ansicht (48 Prozent), dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, 30 Prozent sind nicht dieser Auffassung. Dabei ist wie bei der ersten Frage zu beachten, dass 22 Prozent der Kinder und Jugendlichen bei dieser Frage „Weiß nicht“ angegeben oder keine Angabe gemacht haben.

Mädchen sind etwas häufiger der Ansicht als Jungen, dass es Kindern und Jugendlichen an Kompetenzen fehlt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben (51 zu 46 Prozent), ebenso Gesamtschüler*innen und Hauptschüler*innen eher als Gymnasiast*innen (57 und 52 Prozent zu 44 Prozent).

Abbildung 7: Kompetenz von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen

Kinder und Jugendliche	Eher ja	Eher nein	Weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	48	30	22
Schultyp			
Grundschule	45	22	33
Hauptschule	52	22	26
Realschule	50	29	21
Gymnasium	44	36	20
Gesamtschule	57	25	18
andere Schule	41	36	23

Frage 2a:
Was denkst du: Fehlt es Kindern und Jugendlichen an Fähigkeiten, um sich an demokratischen Abläufen zu beteiligen?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

Politische Schlussfolgerungen

Die Tatsache, dass sowohl die erwachsenen als auch die minderjährigen Befragten mehrheitlich fehlende Kompetenzen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen bei Kindern und Jugendlichen bemängeln, ist ein deutliches Signal an Politik und Gesellschaft, größere Anstrengungen zur Kompetenzvermittlung zu unternehmen, sei es über die reine Wissensvermittlung, praktische Beteiligungserfahrungen im Bildungssystem oder auch die Stärkung der Beteiligungskultur in Familien. Insbesondere in Familien kann und muss Beteiligung erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, sie Aushandlungsprozesse kennenlernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es jedoch eine dringende politische Aufgabe, Eltern beispielsweise durch Angebote der überparteilichen politischen Bildung bei der Demokratiebildung in der Familie zu unterstützen. Dabei sollten die Ansätze politischer Bildung für Familien eine breite Zielgruppe in den Blick nehmen, insbesondere bei bildungsfernen Familien möglichst niedrigschwellig ansetzen und vor allem unabhängig von regionalen Unterschieden abgesichert werden. Über die gängigen Informationswege politischer Bildung (Nachrichtenwesen, unterrichtsorientierte Bildungsmaterialien) hinaus, braucht es demgemäß alternative Zugänge zu diesen Zielgruppen, etwa über soziale Medien oder Entertainment-Formate.

Darüber hinaus sind die Bildungsinstitutionen Orte, an denen nahezu alle Kinder und Jugendlichen durch Mitbestimmung an demokratische Prozesse herangeführt werden und demokratische Praxis erfahren könnten. Dazu aber muss Beteiligung im Schulalltag und in der Kita aktiv gelebt werden: Es ist wichtig sicherzustellen, dass alle Schüler*innen sowie Kita-Kinder über ihre Beteiligungsrechte informiert werden, diese gut kennen und vor allem praktizieren können. Kinderrechte sollten als Basis für demokratische Beteiligungskultur obligatorischer Bestandteil in den Bildungsplänen der Kitas und Rahmenlehrplänen der Schulen in allen Bundesländern sein. Für den Bildungsalltag müssen didaktische Materialien zur Vermittlung von Kinder- und Beteiligungsrechten in der Kita oder Schule entwickelt und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Der Befund, dass die befragten Eltern (mit Kindern unter 14 Jahren) in geringerem Umfang ausgeprägte Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen hinsichtlich der Teilhabe an demokratischen Prozessen sehen als Erwachsene in Haushalten ohne solche Kinder, zeugt von einer oftmals kritischen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die heutzutage an Kinder und Jugendliche gestellt werden, insbesondere in einer komplexer werdenden Welt. Gerade vor dem Hintergrund dieses Befunds liegt es nahe, Familien als Orte gelebter Aushandlung und konflikthafter Auseinandersetzung noch stärker als demokratietheoretisches Forschungsfeld sowie als Ort politischer Bildung zu erschließen.

Fähigkeiten von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen

Die Vision des Deutschen Kinderhilfswerkes ist eine Gesellschaft, in der die Kinder ihre Interessen selbst vertreten. Als Kinderrechtsorganisation sind wir davon überzeugt, dass Kinder eigenständige Persönlichkeiten mit vielfältigen Fähigkeiten sind, so auch mit der Fähigkeit, an demokratischen Prozessen teilzuhaben.

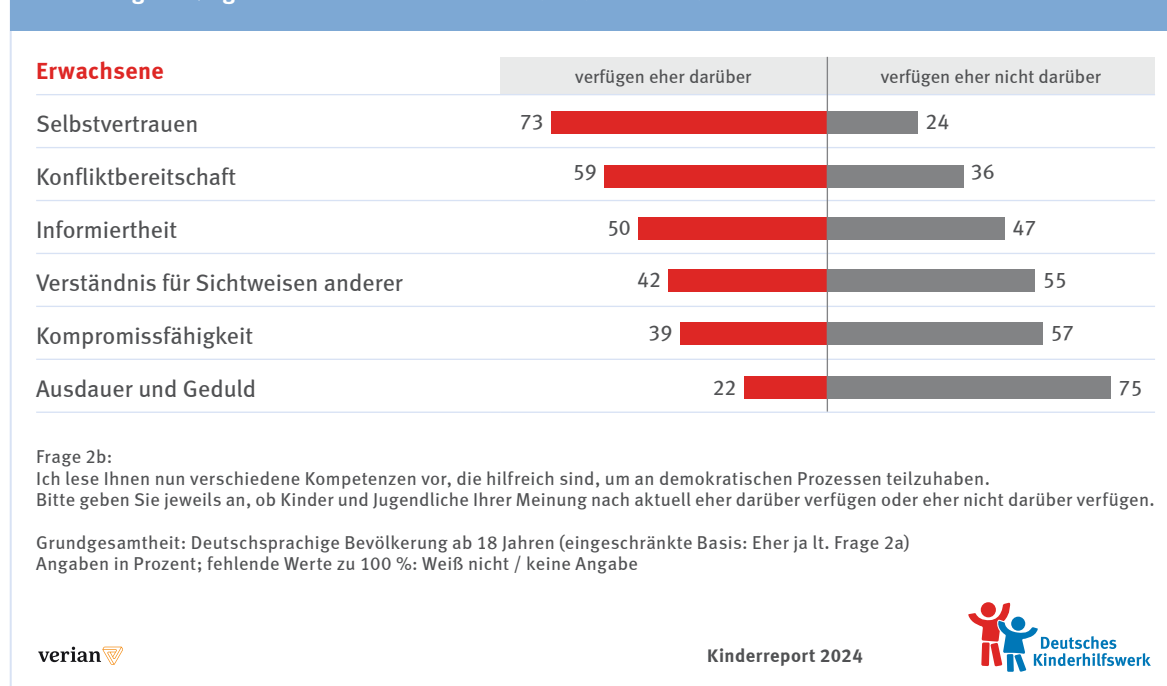
Bei der Zuschreibung verschiedener Kompetenzen im Hinblick auf die Teilhabe an demokratischen Prozessen sind die befragten Erwachsenen vor allem der Meinung, dass die junge Generation über entsprechendes Selbstvertrauen verfügt. 73 Prozent insgesamt sind dieser Auffassung – Befragte in Ostdeutschland eher als in Westdeutschland (79 zu 71 Prozent), Befragte über 60 Jahren eher als die 18- bis 29-Jährigen bzw. 30- bis 44-Jährigen (81 Prozent zu 67 bzw. 61 Prozent). Signifikante Unterschiede gibt es bei der Kompetenzzuschreibung „Selbstvertrauen“ auch entlang der Ortsgrößen: 85 Prozent der Befragten in kleinen Kommunen geben an, dass Kinder und Jugendliche über diese Kompetenz verfügen, aber nur 66 Prozent in Großstädten.

Nach Auffassung der Mehrheit der Erwachsenen verfügen Kinder und Jugendliche auch über ausreichende Konfliktbereitschaft, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben. 59 Prozent sind dieser Meinung. Dass die junge Generation über Konfliktbereitschaft verfügt, meinen vor allem die 18- bis 29-Jährigen bzw. 30- bis 44-Jährigen (67 bzw. 69 Prozent), während nur 51 Prozent der über 60-Jährigen dieser Meinung sind. Bei den Männern sind 67 Prozent dieser Auffassung, bei den Frauen 53 Prozent.

Auffällig ist zudem die Diskrepanz in dieser Frage bei Eltern mit Kindern unter 14 Jahren (74 Prozent) und den Befragten ohne Kinder (57 Prozent). Und während in allen Parteilagern die teils sehr deutliche Mehrheit (59 bis 67 Prozent) den Kindern und Jugendlichen ausreichende Konfliktbereitschaft zuschreibt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, sehen das bei den AfD-Anhänger*innen nur 49 Prozent so.

Eine knappe Mehrheit der Erwachsenen (50 Prozent) ist auch der Ansicht, dass Kinder und Jugend-

Abbildung 8: Fähigkeiten von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen

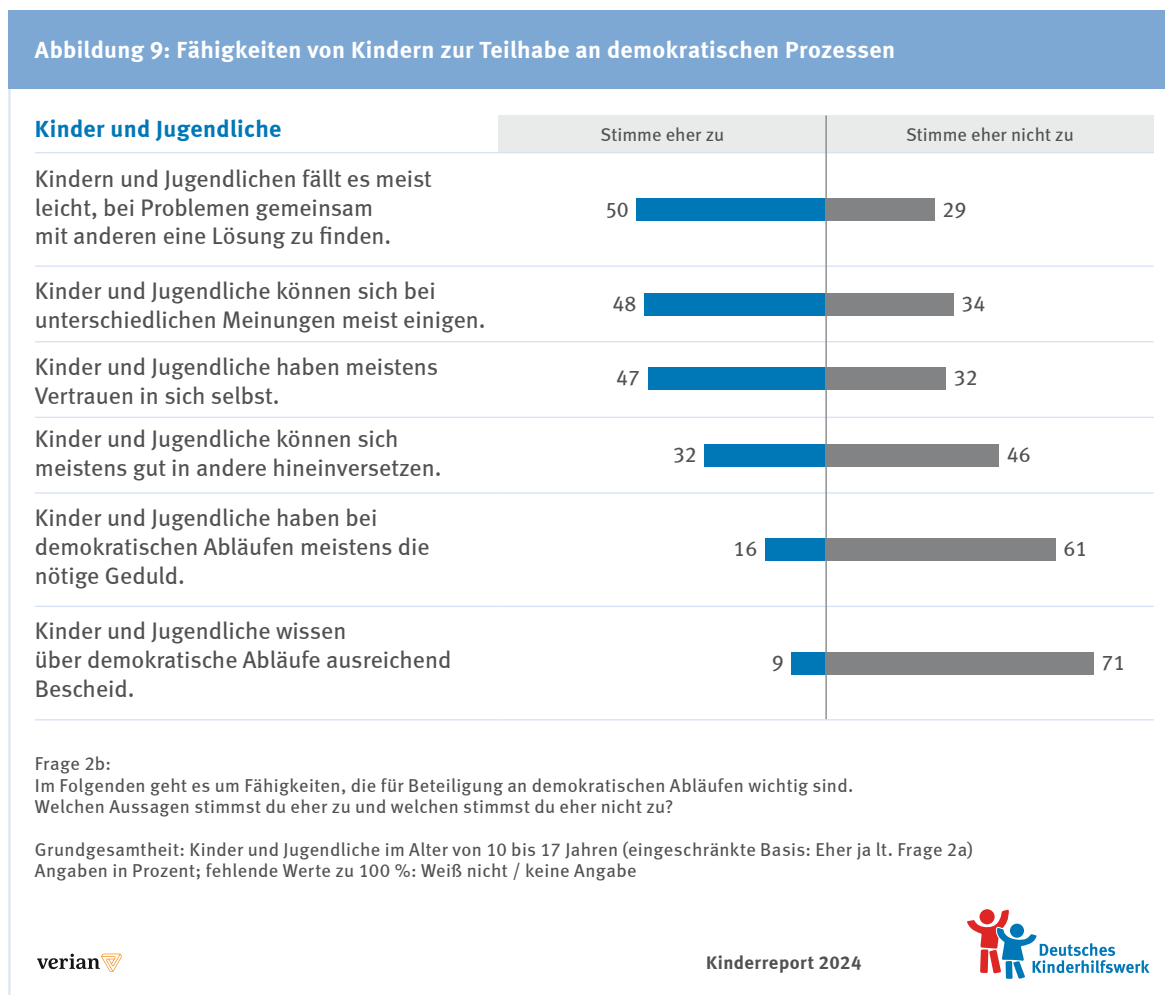


liche über ein ausreichendes Maß an Informiertheit verfügen, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, 47 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Zu beachten ist hier, dass nur 42 Prozent der Befragten mit hohem Schulabschluss und 45 Prozent derjenigen mit hohem Einkommen dieser Auffassung sind, während bei denjenigen mit niedrigem Schulabschluss bzw. denen mit niedrigem Einkommen die Zustimmungsraten bei 69 bzw. 62 Prozent liegen. Auch Eltern mit Kindern unter 14 Jahren meinen wesentlich seltener als die Befragten ohne Kinder, dass die junge Generation über ein ausreichendes Maß an Informiertheit verfügen, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben (38 zu 52 Prozent).

Dass Kinder und Jugendliche über Verständnis für Sichtweisen anderer verfügen, um an demokrati-

schen Prozessen teilzuhaben, meinen 42 Prozent der Erwachsenen, 55 Prozent sehen das nicht so. Insbesondere die 18- bis 29-Jährigen sind hier skeptisch (36 Prozent „Verfügen eher darüber“, 64 Prozent „Verfügen eher nicht darüber“), während bei den 30- bis 44-Jährigen zwar auch die Skepsis überwiegt, aber bei Weitem nicht so ausgeprägt ist (47 Prozent „Verfügen eher darüber“, 51 Prozent „Verfügen eher nicht darüber“). Auffällig ist zudem die Diskrepanz in dieser Frage bei Eltern mit Kindern unter 14 Jahren und den Befragten ohne Kinder (33 zu 44 Prozent „Verfügen eher darüber“). Und während in den Parteilagern von Linken, Grünen und FDP die Mehrheit (58 zu 57 zu 55 Prozent) den Kindern und Jugendlichen Verständnis für Sichtweisen anderer zuschreibt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben, sehen das bei den AfD-Anhänger*innen nur 23 Prozent so.

Abbildung 9: Fähigkeiten von Kindern zur Teilhabe an demokratischen Prozessen



Nur knapp vier von zehn der befragten Erwachsenen (39 Prozent) schreibt den Kindern und Jugendlichen ausreichende Kompromissfähigkeit zu, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Besonders gering (21 Prozent) ist diese Zuschreibung bei den 45- bis 59-Jährigen, besonders hoch bei den Erwachsenen in Großstädten (49 Prozent). Auch hier hebt sich der Wert bei den AfD-Anhänger*innen (11 Prozent „Verfügen eher darüber“) deutlich von den anderen Parteilagern ab.

Und lediglich 22 Prozent der Erwachsenen sind der Auffassung, dass die junge Generation über Ausdauer und Geduld verfügt, um an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Das meinen vor allem die Befragten in Großstädten (30 Prozent). Bei den Eltern mit Kindern unter 14 Jahren sind 15 Prozent dieser Ansicht, bei denen ohne Kinder sind es 23 Prozent.

50 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen sind bei der Zuschreibung von Fähigkeiten, die für die Beteiligung an demokratischen Abläufen wichtig sind, der Meinung, dass es der jungen Generation meist leichtfällt, bei Problemen gemeinsam mit anderen eine Lösung zu finden. 29 Prozent stimmen dem nicht zu. Die Zustimmungsrate ist bei den Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland (59 zu 48 Prozent), bei Jungen wesentlich höher als bei Mädchen (55 zu 46 Prozent), und auch Gymnasiast*innen sind häufiger dieser Meinung als Hauptschüler*innen (55 zu 42 Prozent).

Zugleich sind 48 Prozent der Meinung, dass sich Kinder und Jugendliche bei unterschiedlichen Meinungen meist einigen können. Dieser Auffassung sind vor allem die 12- bis 14-Jährigen (56 Prozent), während jüngere Kinder und Jugendliche das eher nicht so sehen (42 Prozent der 10- bis 11-Jährigen

bzw. 43 Prozent der 15- bis 17-Jährigen). Auch hier sehen das die Jungen eher so als die Mädchen (52 zu 44 Prozent), und die Kinder und Jugendlichen in kleinen Kommunen wesentlich häufiger als die in Großstädten (51 zu 43 Prozent).

Nach Meinung von 47 Prozent der Befragten haben Kinder und Jugendliche meistens Vertrauen in sich selbst. Das sehen vor allem Befragte in Ostdeutschland so (61 zu 44 Prozent), und wiederum die Jungen häufiger als die Mädchen (52 zu 43 Prozent). Dass sich Kinder und Jugendliche meistens gut in andere hineinversetzen können, sagen 32 Prozent der Befragten. Dieser Auffassung sind vor allem die jüngeren Kinder, während die Jugendlichen bei dieser Frage wesentlich skeptischer sind (42 Prozent der 10- bis 11-Jährigen, 34 Prozent der 12- bis 14-Jährigen sowie 24 Prozent der 15- bis 17-Jährigen).

Lediglich 16 Prozent der Kinder und Jugendlichen stimmen der Aussage zu, dass die junge Generation meistens die nötige Geduld bei demokratischen Abläufen hat. Die Befragten in Ostdeutschland sehen das eher so als die in Westdeutschland (23 zu 14 Prozent), Jungen eher als Mädchen (21 zu 12 Prozent), jüngere Kinder eher als Jugendliche (23 Prozent der 10- bis 11-Jährigen bzw. 10 Prozent der 15- bis 17-Jährigen).

Und nur 9 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche ausreichend Bescheid wissen über demokratische Abläufe, 71 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Vor allem die Kinder und Jugendlichen in Ostdeutschland sind bei dieser Frage skeptisch (77 zu 70 Prozent), jüngere Befragte häufiger als die älteren (76 Prozent der 10- bis 11-Jährigen bzw. 67 Prozent der 15- bis 17-Jährigen) sowie Hauptschüler*innen wesentlich häufiger als Gymnasiast*innen (88 zu 72 Prozent).

Politische Schlussfolgerungen

Es ist erfreulich, dass viele für demokratische Teilhabe notwendige Kompetenzen nach Einschätzung der Befragten bei Kindern und Jugendlichen vorhanden sind. Kritisch ist zu sehen, dass es laut den Befragten an Informiertheit fehlt. Vor allem bei den befragten Kindern und Jugendlichen ist nur ein erschreckend kleiner Teil der Meinung, ausreichend informiert zu sein. Die erwachsenen Befragten mit höherem Bildungsabschluss, hohem Einkommen und Eltern mit Kindern sind tendenziell kritischer im Hinblick auf den Grad der Informiertheit junger Menschen – möglicherweise da sie einen höheren Anspruch an Informationsniveaus anlegen. Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass politisch und gesellschaftlich dringend an diesem Punkt angesetzt werden muss. Dazu bedarf es neben einer flächendeckend ausgebauten politischen Bildung insbesondere Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche lebensweltnah und zielgruppengerecht über politische Prozesse und politische Themen informieren. Gerade mit sozialen Medien lassen sich junge Menschen zu diesem Zweck gut ansprechen.

Bei der Frage nach Selbstvertrauen gehen die Einschätzungen der befragten Kinder und Jugendlichen sowie Erwachsenen weit auseinander. Es sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass eigene Selbstwirksamkeitserfahrungen der Schlüssel sind, um sich demokratisch beteiligen zu können. Wenn Kinder lernen, dass sie ernst genommen werden, wenn sie das Wort ergreifen, gewinnen sie Vertrauen in ihr eigenes Handeln. Der Ausbau von lokalen, regionalen und nationalen Beteiligungsstrukturen ist vor diesem Hintergrund dringend angezeigt. Auf den politischen Ebenen sollten direkte und stellvertretende Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche gesetzlich festgeschrieben sowie stärker und nachhaltig (finanziell) unterstützt und gefördert werden. Zudem kann, abhängig von den vorhandenen Strukturen, die Beteiligung in Form von Kinder- und Jugendbeauftragten und/oder über die stärkere Unterstützung und Verbreitung von kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten erfolgen. Weiter sind flankierende Maßnahmen zur Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung umzusetzen: Dazu gehören die Produktion, Bereitstellung und Verbreitung von Informationen und Arbeitsmitteln, zum Beispiel in Form von methodischen Materialien, Modellprojekten und Schulungen wie auch die Vernetzung der Akteur*innen durch Fachtage und digitale Plattformen sowie die Absicherung fachlich erarbeiteter Qualitätsstandards im Hinblick auf gute Angebote der demokratischen Teilhabe junger Menschen.

Das Bild, das die Befragten von Kindern und Jugendlichen haben, unterscheidet sich stark zwischen denjenigen, die der Lebensphase Kindheit und Jugend durch ihr eigenes Alter näher sind oder mit Kindern im Haushalt leben, und denjenigen, die zur älteren Generation gehören oder in Haushalten ohne Kinder leben. Die jungen Erwachsenen und Eltern sind kritischer, möglicherweise weil sie im Alltag Konflikte direkt mit Kindern und Jugendlichen austragen oder sich an entsprechende Situationen unmittelbarer erinnern (vgl. oben). So werden Kinder und Jugendliche von ihnen tendenziell als konfliktbereiter wahrgenommen und als weniger verständnisvoll für andere Sichtweisen sowie weniger ausdauernd und geduldig. Die Älteren dagegen sehen Selbstvertrauen als eine hohe Kompetenz – was unter Umständen mit einem Wandel in der Erziehung und dem Einfordern von Mitsprache durch Kinder und Jugendliche zusammenhängt.

Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit

Es gibt zahlreiche Studien, beispielsweise des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) oder der Hans-Böckler-Stiftung, die eine große Unzufriedenheit mit der Demokratie feststellen. An diesem Befund ansetzend wurde deshalb für den Kinderreport 2024 gefragt, welche Gründe dafür bei der jungen Generation ausschlaggebend sein könnten.

88 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, weil sich die Menschen in Deutschland insgesamt immer weniger mit Respekt begegnen und weniger offen für unterschiedliche Meinungen sind. Das meinen jeweils 88 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland, und Jungen kaum öfter als Mädchen (89 zu 88 Prozent). Mit zunehmendem Alter nimmt diese Auffassung zu: Während 84 Prozent der 10- bis 11-Jährigen dieser Meinung sind, sind es bei den 15- bis 17-Jährigen 92 Prozent (s. Abb. 11).

Dass sich die Politiker*innen nicht genug für ihre Interessen einsetzen, meinen 86 Prozent der Kinder und Jugendlichen. Dabei gibt es einen deutlichen Unterschied in dieser Sichtweise zwischen den Befragten in West- und Ostdeutschland (84 zu 91 Prozent). Und die befragten Jungen sind etwas häufiger als die Mädchen dieser Auffassung (87 zu 83 Prozent).

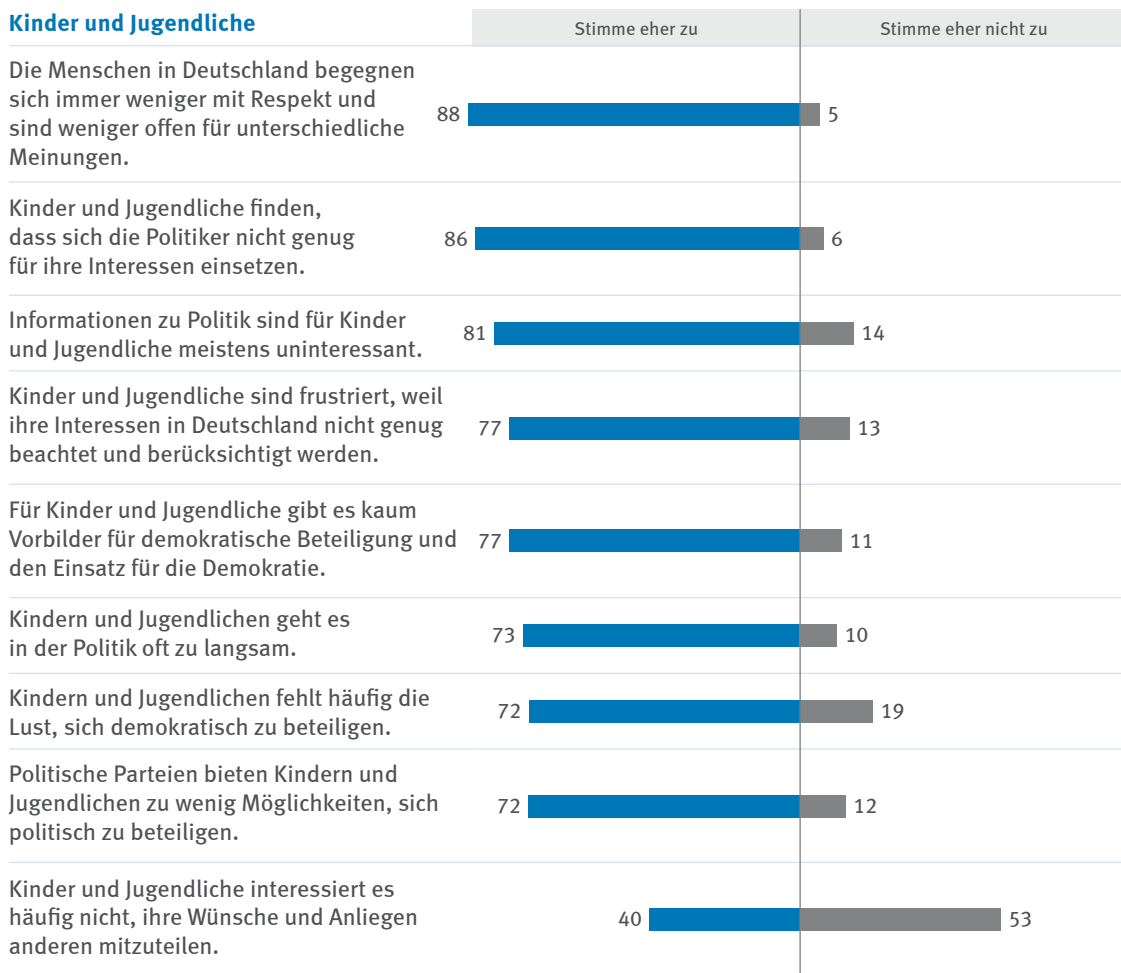
81 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass die junge Generation heute weniger zufrieden mit der Demokratie ist, weil die Informationen zu Politik für Kinder und Jugendliche meistens uninteressant sind. Realschüler*innen und Gesamtschüler*innen sind häufiger dieser Auffassung (beide 84 Prozent) als Gymnasiast*innen (77 Prozent) und Hauptschüler*innen (73 Prozent). Dass Kinder und Jugendliche frustriert sind, weil ihre Interessen in Deutschland nicht genug beachtet und berücksichtigt werden, meinen 77 Prozent der Befragten. Insbesondere Hauptschüler*innen (83 Prozent) sind dieser Auffassung.

Ein weiterer wesentlicher Grund, dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, liegt nach Auffassung der Kinder und Jugendlichen (77 Prozent) darin, dass es für sie kaum Vorbilder für demokratische Beteiligung und den Einsatz für die Demokratie gibt. Dieser Meinung sind die älteren Befragten (12- bis 14-Jährige sowie 15- bis 17-Jährige mit jeweils 81 Prozent) wesentlich häufiger als die 10- bis 11-Jährigen (66 Prozent). Sehr verbreitet ist diese Meinung auch unter Hauptschüler*innen (86 Prozent), während bei den Gymnasiast*innen nur 74 Prozent dieser Auffassung sind.

Dass die junge Generation heute weniger mit der Demokratie zufrieden ist, liegt nach Meinung von 73 Prozent der Kinder und Jugendlichen daran, dass die Prozesse in der Politik oft zu langwierig sind. Dieser Meinung sind die älteren Befragten (12- bis 14-Jährige sowie 15- bis 17-Jährige mit jeweils 75 Prozent) häufiger als die 10- bis 11-Jährigen (69 Prozent). Und auch Realschüler*innen und Gymnasiast*innen (79 und 76 Prozent) sind eher dieser Auffassung als Hauptschüler*innen und Gesamtschüler*innen (jeweils 67 Prozent).

72 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die politischen Parteien Kindern und Jugendlichen zu wenig Möglichkeiten bieten, sich politisch zu beteiligen. Das meinen 66 Prozent der 10- bis 11-Jährigen, 77 Prozent der 12- bis 14-Jährigen und 72 Prozent der 15- bis 17-Jährigen. Mädchen sind etwas eher dieser Auffassung als Jungen (76 zu 70 Prozent). Und ebenfalls 72 Prozent der Kinder und Jugendlichen meinen, dass der jungen Generation häufig die Lust fehlt, sich demokratisch zu beteiligen. Dieser Auffassung sind 60 Prozent der 10- bis 11-Jährigen, 75 Prozent der 12- bis 14-Jährigen und 77 Prozent der 15- bis 17-Jährigen. Besonders verbreitet ist diese Meinung bei Gesamtschüler*innen (85 Prozent) und Hauptschüler*innen (77 Prozent), während nur 63 Prozent der Gymnasiast*innen dieser Aussage zustimmen.

Abbildung 10: Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit



Frage 3:

Es wird teilweise berichtet, dass Kinder und Jugendliche heute weniger mit der Demokratie zufrieden sind als noch vor ein paar Jahren. Stimmst du den folgenden Aussagen über Kinder und Jugendliche von heute eher zu oder eher nicht zu?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

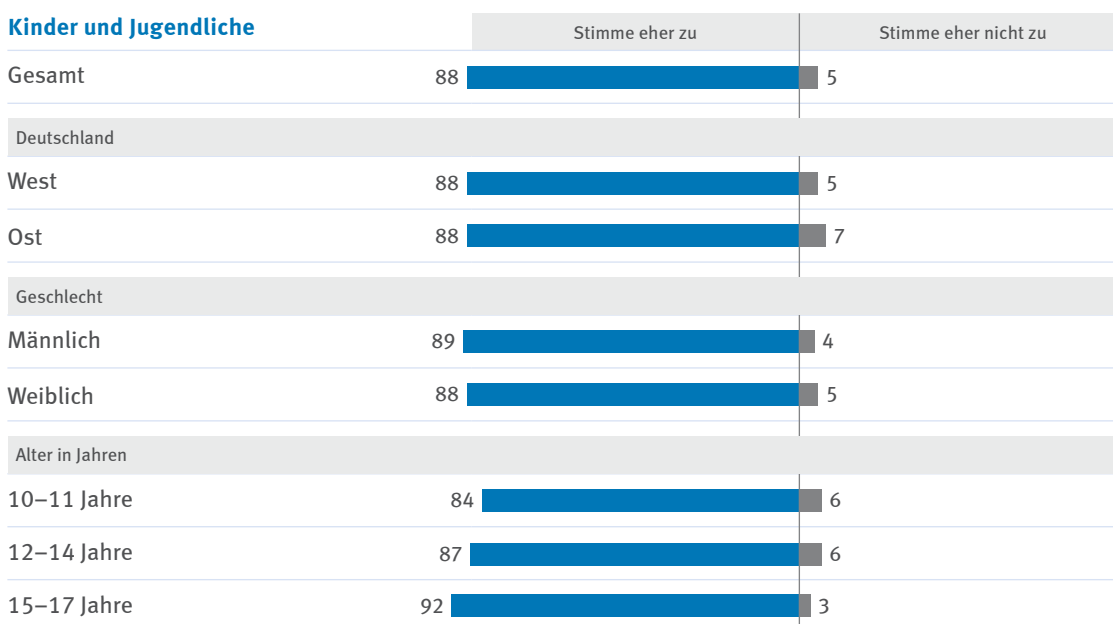
Dass die junge Generation häufig nicht daran interessiert ist, ihre Wünsche und Anliegen anderen mitzuteilen, meinen nur 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen. Diese Auffassung nimmt mit dem Alter zu (31 Prozent der 10- bis 11-Jährigen, 42 Prozent der 12- bis 14-Jährigen und 44 Prozent der 15- bis 17-Jährigen), überdurchschnittlich verbreitet ist sie eher auch bei Mädchen als bei Jungen (44 zu 36 Prozent) sowie bei den Hauptschüler*innen (49 Prozent), während nur 35 Prozent der Gymnasiast*innen dieser Meinung sind.

Wie aus den Vergleichsgrafiken zu sehen ist, ist die Reihenfolge der Gründe, warum Kinder und

Jugendliche heute weniger mit der Demokratie zufrieden sind, bei den Erwachsenen sehr ähnlich. Den Hauptgrund sehen die Erwachsenen (81 Prozent) ebenso wie die befragten Kinder und Jugendlichen darin, dass in der Gesellschaft insgesamt die Fähigkeiten für ein respektvolles Miteinander und die Offenheit für unterschiedliche Meinungen abnehmen. Das wird in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen so gesehen (jeweils 81 Prozent), und von Frauen nur unwesentlich öfter als von Männern (83 zu 79 Prozent). Häufiger verbreitet ist diese Meinung bei den Befragten mit hohem Haushaltseinkommen (85 Prozent), während 74 Prozent der Befragten mit niedrigem Haushaltseinkommen das so sehen (s. Abb. 15).

Abbildung 11: Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit — TOP 1

Aussage: Die Menschen in Deutschland begegnen sich immer weniger mit Respekt und sind weniger offen für unterschiedliche Meinungen.



Frage 3:
Es wird teilweise berichtet, dass Kinder und Jugendliche heute weniger mit der Demokratie zufrieden sind als noch vor ein paar Jahren. Stimmt du den folgenden Aussagen über Kinder und Jugendliche von heute eher zu oder eher nicht zu?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

Dass Kinder und Jugendliche sich und ihre Interessen von den politisch Verantwortlichen nicht angemessen vertreten fühlen und die Demokratie dadurch bei der jungen Generation an Zustimmung verliert, meinen 77 Prozent der Erwachsenen. Besonders ausgeprägt ist diese Meinung bei den 30- bis 44-Jährigen (86 Prozent), während nur 72 Prozent der über 60-Jährigen das so sehen. Große Unterschiede sind auch hinsichtlich des Bildungsgrades zu verzeichnen. Insbesondere Befragte mit hohem Schulabschluss

(81 Prozent) sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche sich und ihre Interessen von den politisch Verantwortlichen nicht angemessen vertreten fühlen, bei denjenigen mit niedrigem Schulabschluss sind es nur 72 Prozent. Und bei der Ausdifferenzierung entlang des Haushaltseinkommens zeigt sich, dass bei den Befragten mit niedrigem Haushaltseinkommen das nur 59 Prozent so sehen, bei denjenigen mit hohem und mittlerem Haushaltseinkommen hingegen jeweils 80 Prozent.

Abbildung 12: Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit — TOP 1–3

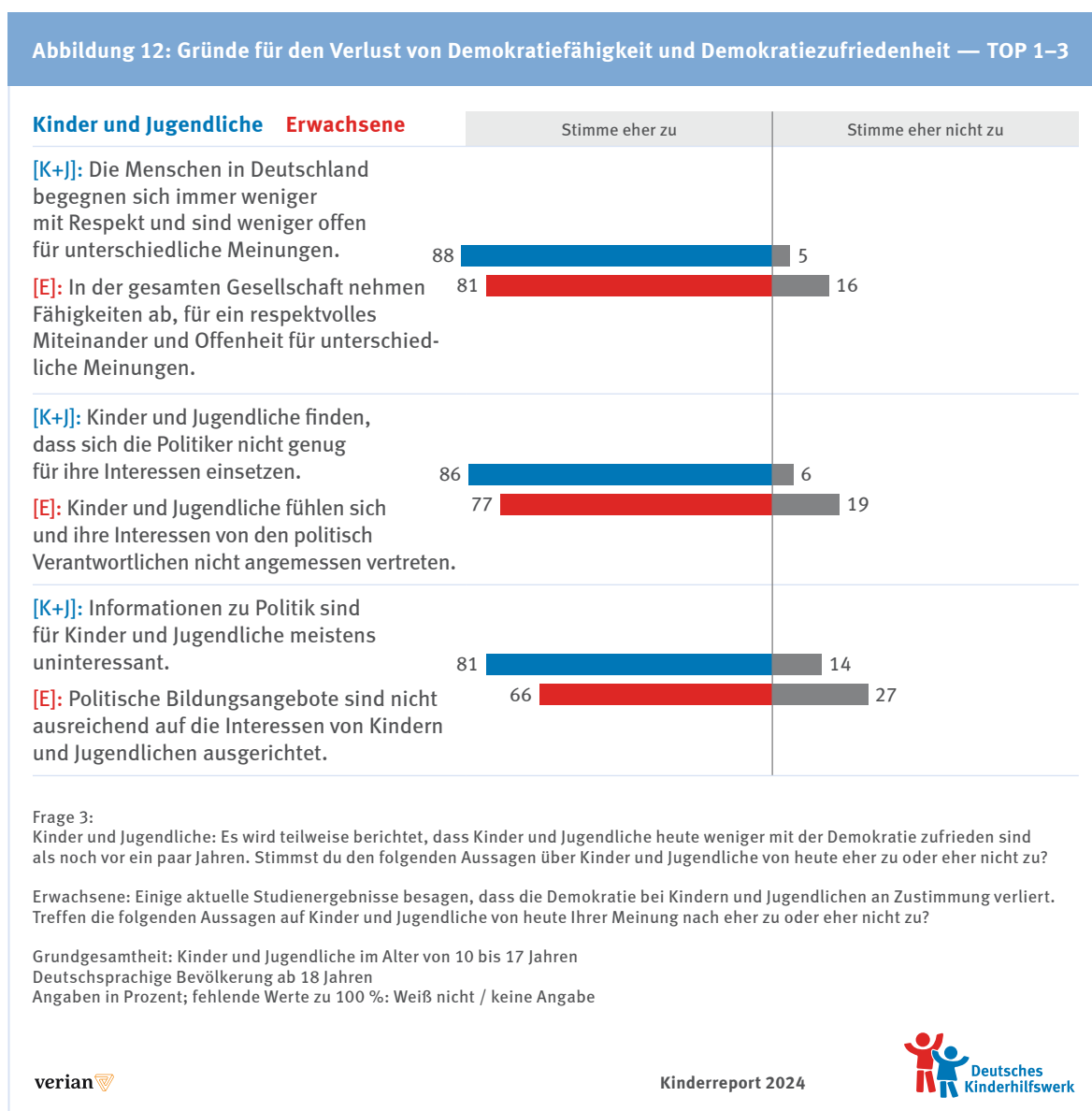
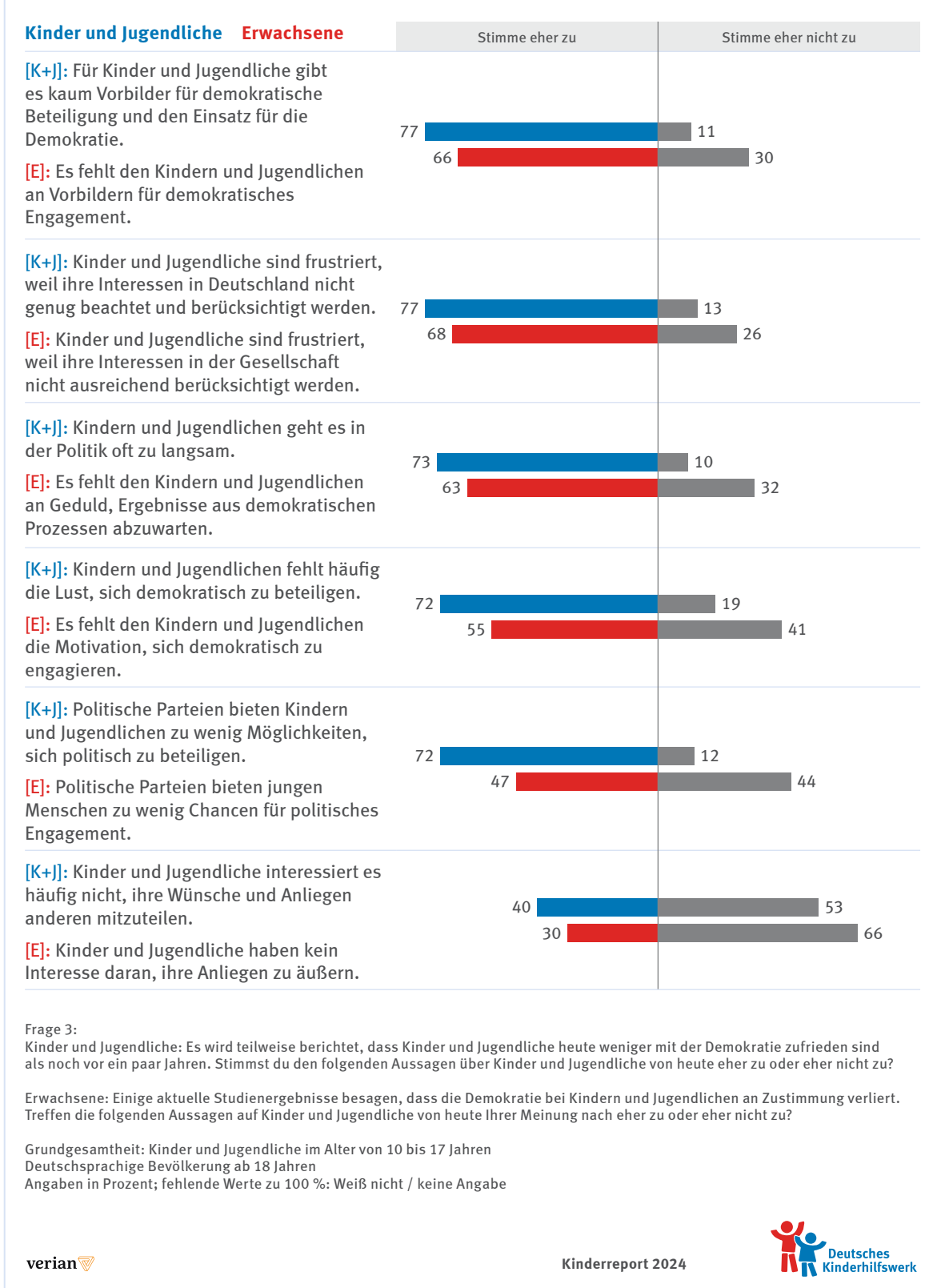


Abbildung 13: Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit — TOP 4–9



Nach Ansicht von 68 Prozent der Erwachsenen sind Kinder und Jugendliche in Deutschland frustriert, weil ihre Interessen in der Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Das meinen 82 Prozent der 30- bis 44-Jährigen, aber nur 63 Prozent der über 60-Jährigen. Große Unterschiede können auch entlang des Schulabschlusses in dieser Frage festgestellt werden: 75 Prozent derjenigen mit hohem Schulabschluss sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland frustriert sind, weil ihre Interessen in der Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden, aber nur 59 Prozent der Befragten mit niedrigem Schulabschluss. Und auch Eltern mit Kindern unter 14 Jahren sehen das eher so als diejenigen ohne Kinder (76 zu 67 Prozent).

66 Prozent der Erwachsenen sind der Meinung, dass politische Bildungsangebote nicht ausreichend auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind, und dass die Demokratie bei der jungen Generation deshalb an Zustimmung verliert. Insbesondere die 30- bis 44-Jährigen (74 Prozent) sind dieser Ansicht, ebenso die Befragten in mittelgroßen Kommunen und Großstädten (67 bzw. 68 Prozent), während diejenigen in kleinen Kommunen das nur unterdurchschnittlich (59 Prozent) so sehen.

Für ebenfalls 66 Prozent sind fehlende Vorbilder für demokratisches Engagement in dieser Frage ausschlaggebend. Auch hier sehen das bei den 30- bis 44-Jährigen (74 Prozent) überdurchschnittlich viele Befragte so, und auch bei den Anhänger*innen der AfD ist die Zustimmungsrate (82 Prozent) signifikant höher, während das im Lager der Grünen und der FDP (52 bzw. 55 Prozent) nur unterdurchschnittlich so gesehen wird.

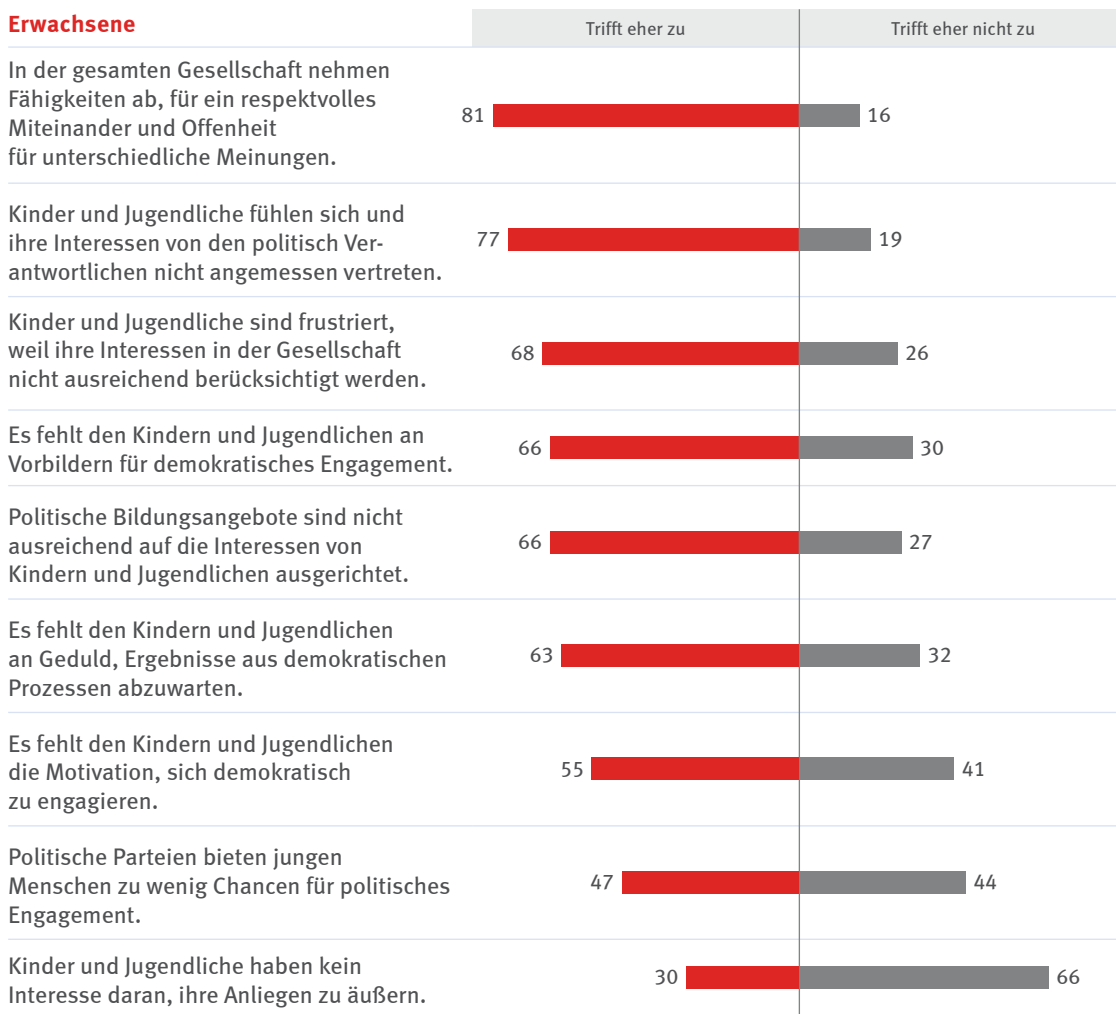
63 Prozent der Erwachsenen sind der Ansicht, dass es Kindern und Jugendlichen an Geduld fehlt, Ergebnisse aus demokratischen Prozessen

abzuwarten. Das sehen die älteren Befragten wesentlich öfter so als die jüngeren (67 Prozent der 45- bis 59-Jährigen und 64 Prozent der über 60-Jährigen bzw. 56 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 58 Prozent der 30- bis 44-Jährigen). Männer sehen das eher so als Frauen (66 zu 59 Prozent), und Befragte ohne Kinder unter 14 Jahren eher als diejenigen mit Kindern (64 zu 56 Prozent). In den politischen Lagern sehen das vor allem die Anhänger*innen der AfD so (81 Prozent), während es bei denen der Grünen nur 49 Prozent sind.

Dass Kindern und Jugendlichen die Motivation fehlt, sich demokratisch zu engagieren, und dass die Demokratie bei der jungen Generation deshalb an Zustimmung verliert, meinen 55 Prozent der Erwachsenen. Diese Auffassung wird wesentlich weniger von Eltern mit Kindern unter 14 Jahren vertreten als von denjenigen ohne Kinder (45 zu 57 Prozent), in den Parteilagern sind es vor allem die Anhänger*innen von FDP und Grünen, die dem weniger zustimmen (34 bzw. 39 Prozent).

Fast ausgeglichen ist bei den Erwachsenen die Auffassung, dass politische Parteien jungen Menschen zu wenig Chancen für politisches Engagement bieten. Für 47 Prozent trifft das eher zu, für 44 Prozent eher nicht. Insbesondere die 18- bis 29-Jährigen sind dieser Auffassung (60 Prozent), und auch die Befragten in Westdeutschland sehen das eher so als die in Ostdeutschland (49 zu 40 Prozent). In den politischen Lagern gehen die Meinungen bei dieser Frage weit auseinander. So sind bei den Anhänger*innen der Grünen 56 Prozent der Auffassung, dass politische Parteien jungen Menschen zu wenig Chancen für politisches Engagement bieten, bei denen der Unionsparteien und der FDP sind es jeweils 49 Prozent, bei denen von SPD und Linken sind es 42 bzw. 41 Prozent und im Lager der AfD 35 Prozent.

Abbildung 14: Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit



Frage 3:

Einige aktuelle Studienergebnisse besagen, dass die Demokratie bei Kindern und Jugendlichen an Zustimmung verliert. Treffen die folgenden Aussagen auf Kinder und Jugendliche von heute Ihrer Meinung nach eher zu oder eher nicht zu?

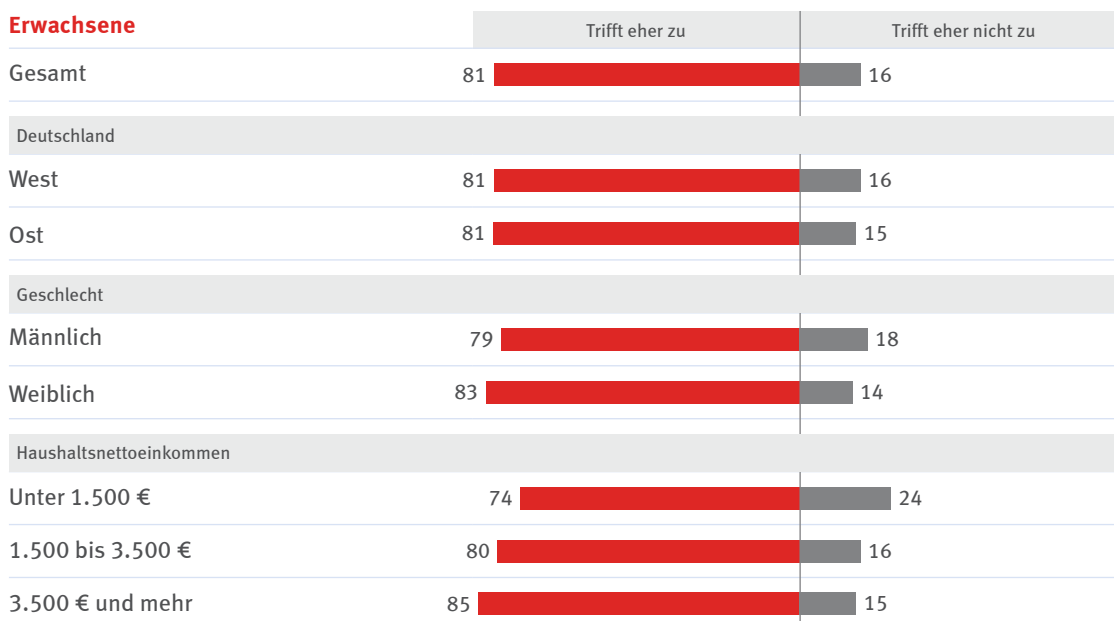
Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

Nur 30 Prozent der Erwachsenen sind der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche kein Interesse daran haben, ihre Anliegen zu äußern. Große Unterschiede sind dabei entlang des Schulabschlusses und des Haushaltseinkommens festzustellen: Dieser Meinung sind 44 Prozent derjenigen mit niedrigem Schulabschluss und 50 Prozent der Befragten mit niedrigem Haushaltseinkommen, aber nur 20 Prozent der Befragten mit hohem Schulabschluss und

27 Prozent derjenigen mit hohem Haushaltseinkommen. Interessant sind hier auch die Vergleichszahlen hinsichtlich der Ortsgröße: Dass Kinder und Jugendliche kein Interesse daran haben, ihre Anliegen zu äußern und die Demokratie bei der jungen Generation deshalb an Zustimmung verliert, meinen 42 Prozent der Befragten in kleinen Kommunen, 32 Prozent derjenigen in mittelgroßen Kommunen und nur 23 Prozent der Befragten in Großstädten.

Abbildung 15: Gründe für den Verlust von Demokratiefähigkeit und Demokratiezufriedenheit — TOP 1

Aussage: *In der gesamten Gesellschaft nehmen Fähigkeiten ab, für ein respektvolles Miteinander und Offenheit für unterschiedliche Meinungen.*



Frage 3:
Einige aktuelle Studienergebnisse besagen, dass die Demokratie bei Kindern und Jugendlichen an Zustimmung verliert. Treffen die folgenden Aussagen auf Kinder und Jugendliche von heute Ihrer Meinung nach eher zu oder eher nicht zu?

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

Politische Schlussfolgerungen

Dass sowohl die befragten Kinder und Jugendlichen als auch die befragten Erwachsenen in einer Abnahme der Fähigkeit für ein respektvolles Miteinander sowie Offenheit für unterschiedliche Meinungen den Hauptgrund für die geringe Zufriedenheit mit der Demokratie sehen, ist bezeichnend. Dies zeigt einerseits die oft unterschätzte Bedeutung des gesellschaftlichen Miteinanders für die Demokratie, andererseits unterstreicht dieses Stimmungsbild die aktuell zunehmend beschriebene „Verrohung“ des politischen Diskurses, die für den Erhalt der Demokratie schädlich wirkt.

Es muss gleichzeitig als ein Warnsignal interpretiert werden, wenn ein Großteil der Kinder und Jugendlichen den fehlenden Einsatz von Politiker*innen für ihre Interessen als Hauptgrund für eine sinkende Zufriedenheit mit der Demokratie ausmacht. Bezeichnend ist dabei auch, dass die befragten Erwachsenen und darunter insbesondere die Älteren in dieser Hinsicht weniger Problembewusstsein zeigen. Es lässt sich sogar die Tendenz ausmachen, den Grund für die sinkende Zufriedenheit bei den Kompetenzen der Kinder selbst zu sehen. So sieht ein Großteil fehlende Geduld, Ergebnisse abzuwarten, oder fehlende Motivation bei Kindern und Jugendlichen als Ursachen für eine abnehmende Demokratiefähigkeit bei jüngeren Menschen.

Um zu verhindern, dass sich Kinder und Jugendliche von der repräsentativen Demokratie langfristig abwenden, müssen Politiker*innen die Interessen jüngerer Menschen daher in der Politik stärker berücksichtigen. Dabei sollten die Kinder und Jugendlichen selbst mit ihren Bedürfnissen der Ausgangspunkt der Überlegungen sein. Entsprechend Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinder und Jugendliche gefragt und eingebunden werden, um ihre Interessen tatsächlich zu kennen und zu gewährleisten. Bisher ist dies aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes jedoch nur sehr unzureichend der Fall. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte daher verbindlich und flächendeckend in den kommunalen Gesetzgebungen und Landesverfassungen verankert sowie durch geeignete Ausbildungen die Mitarbeiter*innen in entsprechenden Beteiligungsprozessen geschult werden.

Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass sich Parteien jungen Menschen gegenüber stärker öffnen. So besteht auch ein deutlicher Unterschied in den Einschätzungen zwischen Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen bei der Frage, welche Möglichkeiten Parteien für die Mitbestimmung bieten. Möglicherweise liegt dem zugrunde, dass Strukturen selten aus Kinderperspektive und unter Beteiligung der jungen Generation selbst betrachtet werden, sodass mögliche Zugangshürden aus diesem Blickwinkel abgebaut werden könnten. Die politischen Parteien müssen zudem stärker als bislang angehalten werden, Kinder und Jugendliche in ihren Programmen zu berücksichtigen und ihnen dann auch im praktischen Politikalltag, ggf. auch in der Regierungsverantwortung eine angemessene Bedeutung zu verleihen. Dies gilt einerseits im Hinblick auf Positionen und Ziele im Handlungsfeld Kinder- und Jugendpolitik sowie junge Menschen betreffende Regulierungsbereiche. Andererseits ist damit aber auch die Erreichung der Zielgruppe junger Menschen mit den jeweiligen Parteiprogrammen gemeint. Soziale Medien können dabei einen guten Anknüpfungspunkt für Parteien bieten. Sie sind integraler Bestandteil des Alltagslebens von Kindern und Jugendlichen und können damit ein wichtiger Raum für politische Partizipation werden sowie demokratische Teilhabe erleichtern.

Gerade im Hinblick auf junge Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau ist ein schnelles und umfassendes Handeln seitens der Politik angezeigt. Denn sie geben deutlich häufiger an, dass eine sinkende Zufriedenheit mit der Demokratie sich durch Frustrationserfahrungen, fehlende Beachtung ihrer Interessen, einem Mangel an Vorbildern, fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb von Parteien und in der Folge fehlende Lust sich zu beteiligen begründet. Diese Aussagen spiegeln also in der Summe ein Gefühl des Abgehängtseins wider, für das sich auch in anderen Umfragen Hinweise finden und dem dringend entgegengewirkt werden muss.

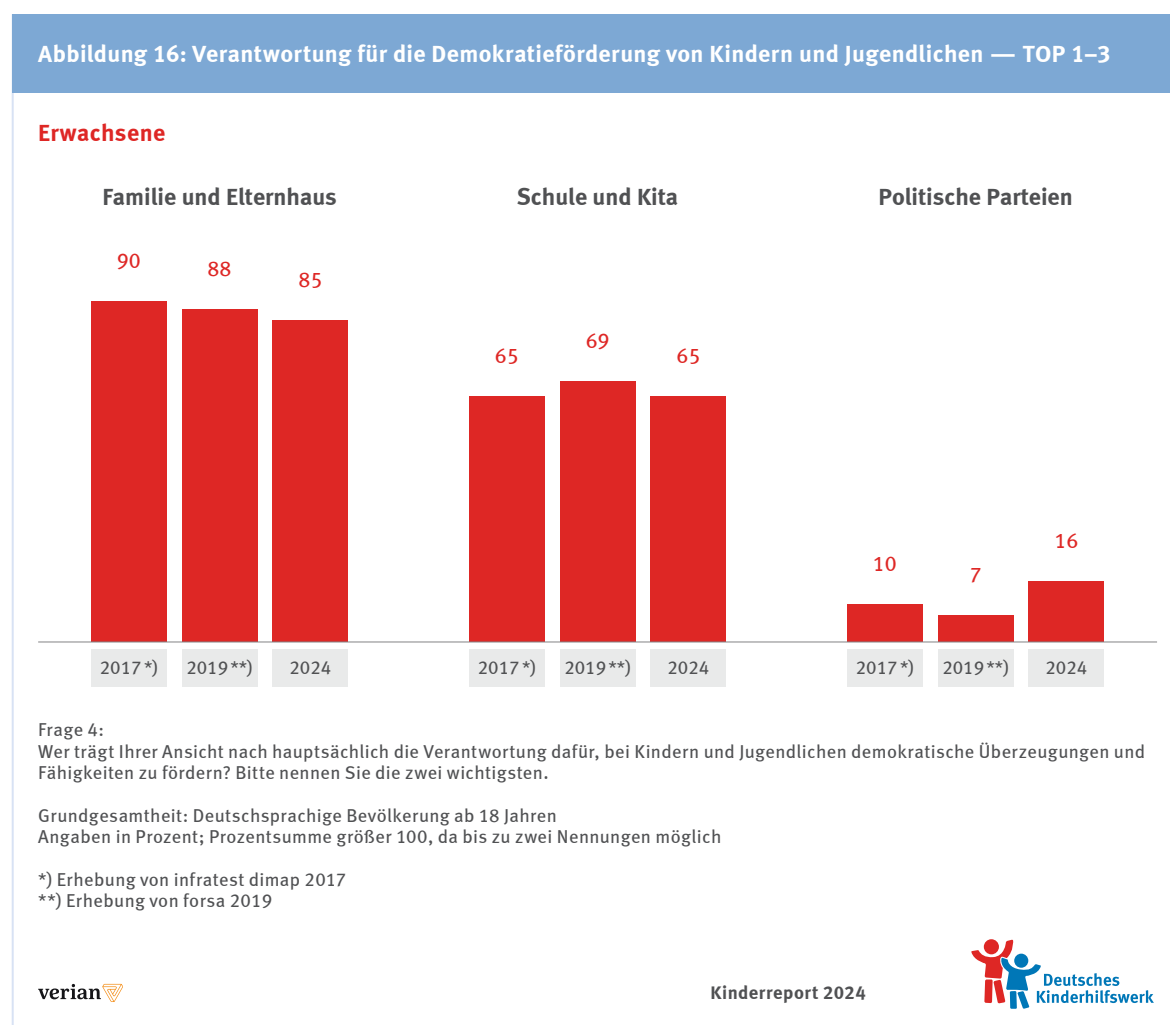
Verantwortung für die Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen

Bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten sind nach Ansicht der Erwachsenen die Familie und das Elternhaus zentral: Für 85 Prozent trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Damit fällt dieser Wert gegenüber 2017 um 5 Prozent und gegenüber 2019 um 3 Prozent geringer aus. Aktuell liegen die Bewertungen in West- und Ostdeutschland wie in der Vergangenheit fast gleichauf, und auch die verschiedenen Alterskohorten kommen zu annähernd gleichen Einschätzungen.

Die Zuweisung der Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen an Familie und Elternhaus ist bei allen Parteianhänger*innen sehr stark ausgeprägt. Die höchste Zustimmung ist im Lager der SPD mit 91 Prozent zu verzeichnen, bei Grünen und AfD sind es 87 bzw. 86 Prozent, bei den Linken und den Unionsparteien 85 bzw. 84 Prozent und bei der FDP 76 Prozent.

Eine wesentliche Rolle bei der Demokratieerziehung wird auch den Bildungseinrichtungen zugesprochen: Rund zwei Drittel (65 Prozent

Abbildung 16: Verantwortung für die Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen — TOP 1–3



gegenüber 69 Prozent in 2019 und 65 Prozent in 2017) der erwachsenen Bevölkerung sind der Ansicht, dass Kitas und Schulen für die Ausbildung demokratischer Fähigkeiten die Hauptverantwortung haben – wobei Jüngere unter 30 Jahren (71 Prozent gegenüber 63 Prozent bei Menschen über 60 Jahren) und Personen mit höherem Schulabschluss (71 Prozent gegenüber 60 Prozent bei Menschen mit niedrigem Schulabschluss) die öffentlichen Bildungseinrichtungen etwas stärker in der Pflicht sehen. Deutliche Unterschiede gibt es auch bei den Anhänger*innen der politischen Parteien in dieser Frage: 76 Prozent im Lager der SPD sehen Kitas und Schulen in besonderer Verantwortung, bei Linken und Unionsparteien sind es 72 bzw. 70 Prozent, bei Grünen und FDP 66 bzw. 59 Prozent. Bei der AfD sind es lediglich 48 Prozent.

Politischen Parteien wird aktuell häufiger (16 Prozent gegenüber 7 Prozent 2019 und 10 Prozent 2017) die Verantwortung dafür zugeschrieben, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Auf niedrigen Werten verharren in dieser Frage nach wie vor Sportvereine (9 Prozent), Kinder- und

Jugendverbände (6 Prozent) sowie die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit (5 Prozent).

Die Kinder und Jugendlichen hingegen sehen die Hauptverantwortlichkeit bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten, anders als die Erwachsenen, bei Schule und Kita (73 Prozent). Jüngere Kinder sehen das etwas öfter so (76 Prozent der 10- bis 11-Jährigen) als ältere (70 Prozent der 15- bis 17-Jährigen), und Kinder in kleinen Kommunen (81 Prozent) häufiger als diejenigen in mittleren Kommunen und Großstädten (72 bzw. 73 Prozent). Besonders ausgeprägt ist die Zuweisung der Verantwortung an Schule und Kita in dieser Frage zudem bei den Gymnasiast*innen (81 Prozent), während das nur 64 Prozent der Hauptschüler*innen so sehen.

Bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten ist nach Ansicht der Kinder und Jugendlichen auch die Familie und das Elternhaus wichtig, allerdings mit deutlich niedrigeren Zustimmungswerten als bei den Erwachsenen: Für 60 Prozent (und damit 25 Prozent weniger als bei den Erwachsenen) trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei

Abbildung 17: Verantwortung für die Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen — TOP 4–6

Erwachsene



Frage 4:
Wer trägt Ihrer Ansicht nach hauptsächlich die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern? Bitte nennen Sie die zwei wichtigsten.

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent; Prozentsumme größer 100, da bis zu zwei Nennungen möglich

*) Erhebung von infratest dimap 2017
**) Erhebung von forsa 2019



Kinderreport 2024



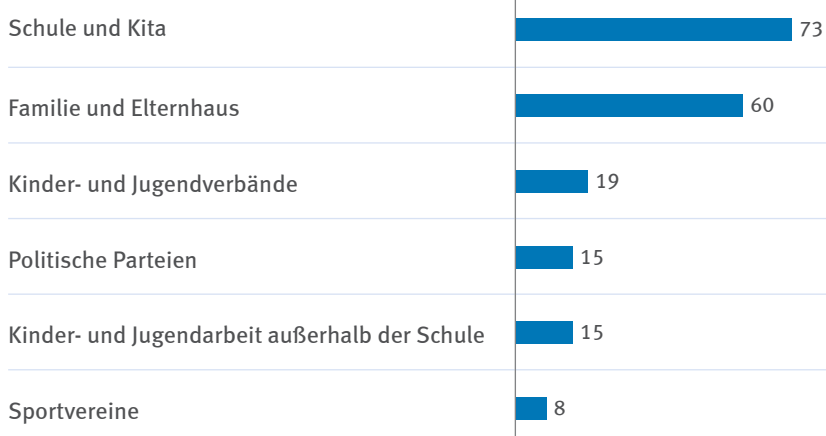
Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. 70 Prozent der Gymnasiast*innen sehen das so, aber nur 45 Prozent der Hauptschüler*innen.

Auch Kinder- und Jugendverbände sollten nach Ansicht der jungen Generation demokratische Spielregeln vermitteln. 19 Prozent sind dieser Ansicht, und damit wesentlich mehr als bei den Erwachsenen (6 Prozent). Insbesondere Hauptschüler*innen sehen das so (44 Prozent), während nur 11 Prozent der Gymnasiast*innen dieser Auffassung sind.

Politische Parteien sehen die Kinder und Jugendlichen in einem sehr ähnlichen Umfang (15 Prozent) wie die Erwachsenen in der Verantwortung in dieser Frage, insbesondere die 15- bis 17-Jährigen (22 Prozent) sowie Kinder und Jugendliche in Großstädten (18 Prozent). Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sehen die Kinder und Jugendlichen (15 Prozent) wesentlich häufiger in der Pflicht als die Erwachsenen (5 Prozent), während es bei der Verantwortungszuweisung an die Sportvereine eine sehr große Übereinstimmung zwischen der jungen Generation (8 Prozent) und den Erwachsenen (9 Prozent) gibt.

Abbildung 18: Verantwortung für die Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche



Frage 4:
Was meinst du, wer sollte Kindern und Jugendlichen vor allem demokratische Spielregeln – also wie man sich an demokratischen Abläufen beteiligt – vermitteln? Bitte wähle die zwei wichtigsten aus.

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent; Prozentsumme größer 100, da bis zu zwei Nennungen möglich

Politische Schlussfolgerungen:

Kinder entwickeln ihre Grundüberzeugungen und Verhaltensweisen zu großen Teilen in der Familie, diese ist somit ein zentraler Ort, um Kindern Demokratie nahezubringen. So sieht auch die Mehrheit der erwachsenen Befragten die vorrangige Verantwortung für die Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten bei den Eltern bzw. bei der Familie. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Eltern, ihr Erziehungsprivileg stärker im Sinne der Demokratieerziehung wahrzunehmen. Diese Verantwortung kann und sollte ihnen niemand abnehmen. Orientierende, generationsübergreifende Gespräche können hier eine Schlüsselbedeutung für den Demokratietransfer auf die nächste Generation annehmen. Partizipation kann und muss in der Familie erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, Aushandlungsprozesse kennenlernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es jedoch eine politische Aufgabe, Eltern beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung bei der Demokratieerziehung in der Familie zu unterstützen. Dabei sollten die Ansätze politischer Bildung für Familien eine breite Zielgruppe in den Blick nehmen und insbesondere bei bildungsfernen Familien möglichst niedrigschwellig ansetzen. Über die gängigen Informationswege hinaus, braucht es demgemäß alternative Zugänge, etwa über soziale Medien oder Entertainment-Formate.

Interessant ist, dass die befragten Kinder und Jugendlichen bei der Verantwortlichkeit für die Demokratievermittlung sehr viel deutlicher auch auf die Bildungsorte außerhalb der Familie verweisen. Das weist darauf hin, dass Kita und Schule, aber auch die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit als wichtige Sozialisationsorte wahrgenommen werden, in denen demokratische Aushandlungsprozesse zum Alltag gehören. Kinder und Jugendliche sollten dementsprechend im schulischen Bildungssystem durch Mitbestimmung an demokratische Prozesse herangeführt werden und darüber demokratische Praktiken erlernen. Dabei geht es nicht nur um partielle Mitbestimmung, sondern vielmehr um eine demokratische Schulkultur als Ganzes, die Mitbestimmung der Kinder etwa bei der Mitgestaltung von Unterrichtsplanungen, der Unterrichtsmethoden und der Bewertung. Daneben sollte zeitlicher Raum im Schulalltag für die Arbeit von Schüler*innen-Vertretungen geschaffen und Schüler*innen die Möglichkeit gegeben werden, in allen entscheidungsbefugten Gremien mit Stimmrecht vertreten zu sein. Ziel sollte es darüber hinaus sein, für öffentliche Institutionen wie Schule und Kita Qualitätsstandards in Sachen Demokratiebildung zu etablieren, die inhaltliche wie Beteiligungsaspekte aufgreifen. All dies sind Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die durch eine entsprechend verbindliche Bildungsgesetzgebung unterstützt werden müssen. Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich daher bundesweit dafür ein, Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Schulalltag als verbindlichen Aspekt in Schulverfassungen und Schulgesetzen zu verankern.

Demokratieerziehung sollte aber nicht erst in der Schule, sondern sinnvollerweise bereits bei der frühkindlichen Bildung in der Kita ansetzen. Hier werden neben der Familie Grundlagen für die Ausprägung eines demokratischen Grundverständnisses im sozialen Umgang miteinander gelegt. Mitbestimmungskonzepte und strukturelle Rahmenbedingungen für Beteiligung von Kindern ebenso wie Ansätze von Vielfaltspädagogik und Demokratieförderung sollten daher flächendeckend in den Kita-Alltag integriert werden. Um dies zu realisieren, braucht es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes jedoch nicht nur die zeitlichen Ressourcen der Fachkräfte über eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels sowie eine Freistellung von Leitungskapazitäten zur Koordination von ganzheitlichen Demokratiebildungsansätzen.

Zudem sind entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen zur Umsetzung von Kinderbeteiligung in Kindertageseinrichtungen bzw. eine Verankerung entsprechender Qualifizierungen in den Curricula der Fachkräfteausbildungen nötig.

Es ist dabei wichtig, Demokratieförderung als ganzheitliche Aufgabe zu verstehen. In Kita wie Schule müssen die Eltern bei der Etablierung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen mitgedacht und mitgenommen werden. Denn es nützt wenig, wenn ein Kind zwar in der Einrichtung Mitbestimmung erlebt, Mitbestimmung zu Hause aber verwehrt bleibt – oder umgekehrt. Stärker als bislang sollten sich Kitas und Schulen daher auch als Sozialräume und Bildungsorte für die ganze Familie verstehen, an denen wichtige Angebote für Eltern angedockt werden können. Bei dieser Aufgabe sind sie von Kommunen, Trägerstrukturen sowie Einrichtungen beispielsweise politischer Bildung tatkräftig zu unterstützen.

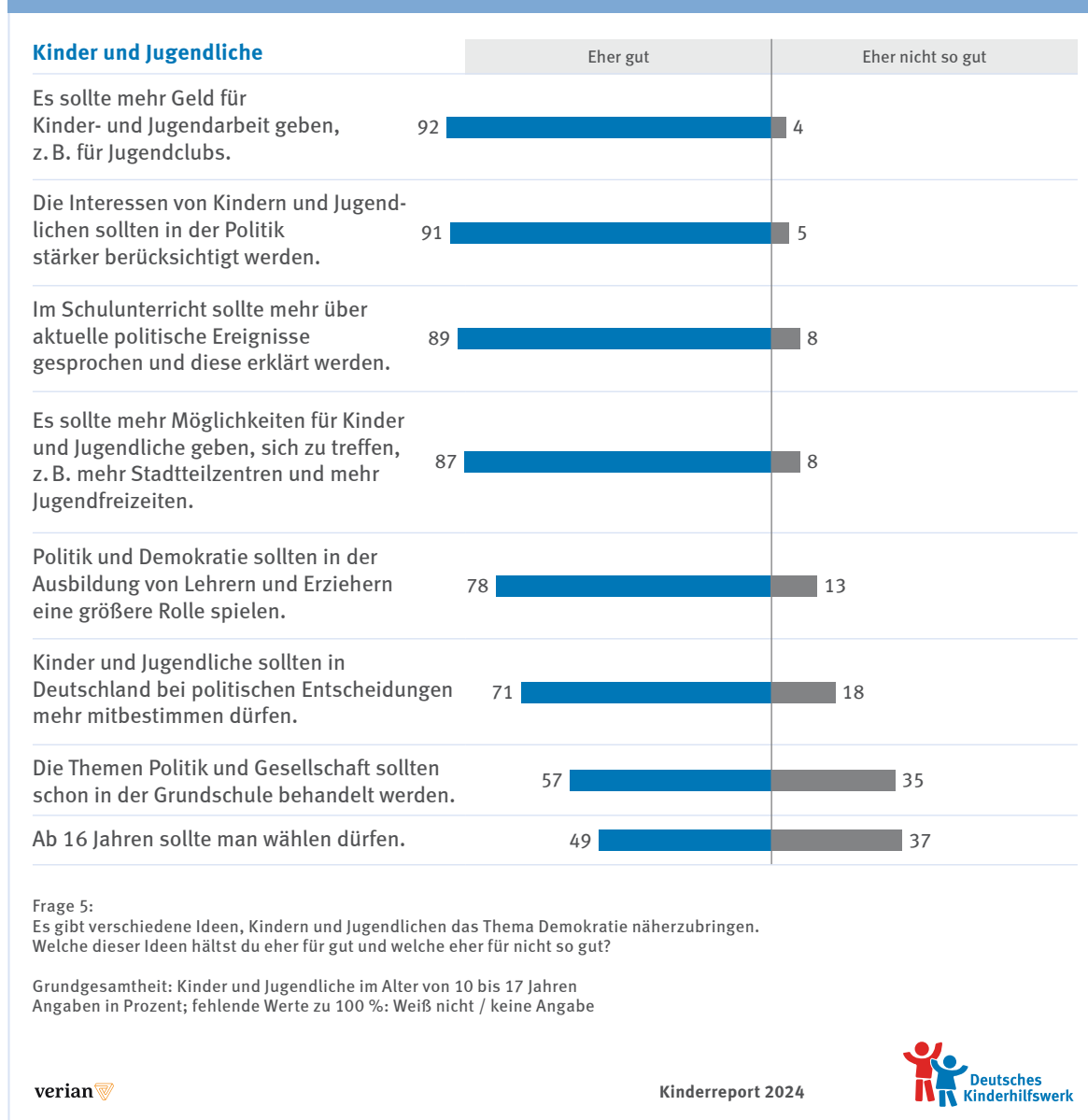
Die Verantwortung für die Sicherung demokratischer Verhältnisse und Kompetenzen ist immer eine gesamtgesellschaftliche. Es liegt also an allen gesellschaftlichen Akteur*innen, ihre Verantwortung stärker wahrzunehmen als bislang bzw. darauf hinzuwirken, dass diesbezügliche Angebote besser von der breiten Bevölkerung wahr- und angenommen werden. Insbesondere politische Parteien stehen in der Pflicht, dem zunehmenden Vertrauensverlust entgegenzuwirken und als essenzieller Bestandteil des demokratischen Systems ihre Strukturen und Entscheidungsprozesse für die junge Generation zu öffnen, verständlicher und attraktiver zu machen. Aber auch Kinder- und Jugendverbände müssen sich immer wieder mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit sie mit der Vermittlung von Demokratiekompetenz noch stärker auf eine breitere gesellschaftliche Zielgruppe einwirken können. Die deutlich wahrnehmbare Zuschreibung von Verantwortung der Kinder und Jugendlichen an Kinder- und Jugendverbände zeigt deren Wichtigkeit und ist ein Plädoyer für die auch finanzielle Unterstützung der Verbandsstrukturen und die zurecht normierte starke Stellung der Kinder- und Jugendverbände im SGB VIII. Auch hier ist die Politik gefordert, einen Qualitätsabbau durch verbindliches finanzielles und strukturelles Engagement zu verhindern.

Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen

Aus Sicht der befragten Kinder und Jugendlichen sollte es vor allem mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit geben, zum Beispiel für Jugendclubs, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. 92 Prozent sehen das so. Dabei sind die Kinder und Jugendlichen in Ostdeutschland etwas eher

dieser Meinung als die in Westdeutschland (96 zu 91 Prozent), Mädchen etwas eher als Jungen (93 zu 91 Prozent) und die Befragten in mittelgroßen Kommunen und Großstädten (jeweils 93 Prozent) eher als die Kinder und Jugendlichen in kleinen Kommunen (86 Prozent; s. Abb. 20).

Abbildung 19: Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen



91 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Auffassung, dass die Interessen der jungen Generation stärker in der Politik berücksichtigt werden sollten. Auch das sehen die Befragten in Ostdeutschland eher so als in Westdeutschland (96 zu 90 Prozent), und Jungen etwas eher als Mädchen (93 zu 89 Prozent).

Und 89 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Ansicht, dass im Schulunterricht mehr über aktuelle politische Ereignisse gesprochen und diese erklärt werden sollten. Das sehen die Befragten in Westdeutschland eher so als die in Ostdeutschland (90 zu 82 Prozent), die älteren Befragten eher als die jüngeren (91 Prozent der 15- bis 17-Jährigen zu 85 Prozent der 10- bis 11-Jährigen), sowie Jungen eher als Mädchen (92 zu 85 Prozent).

Dass es mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche geben sollte, sich zu treffen, zum Beispiel mehr Stadtteilzentren und mehr Jugendfreizeiten, meinen 87 Prozent der jungen Generation. In kleinen Kommunen (81 Prozent) sehen die Kinder und Jugendlichen das weniger häufig so als in mittelgroßen Kommunen bzw. Großstädten (88 bzw. 87 Prozent).

Um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern, sprechen sich 78 Prozent der Kinder und Jugendlichen dafür aus, dass Politik und Demokratie in der Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher*innen eine größere Rolle spielen sollten. Das sehen die Befragten in Westdeutschland eher so als in Ostdeutschland (79 zu 73 Prozent), und vor allem

die älteren Kinder und Jugendlichen sind dieser Meinung (81 Prozent der 15- bis 17-Jährigen zu 77 Prozent der 12- bis 14-Jährigen zu 72 Prozent der 10- bis 11-Jährigen).

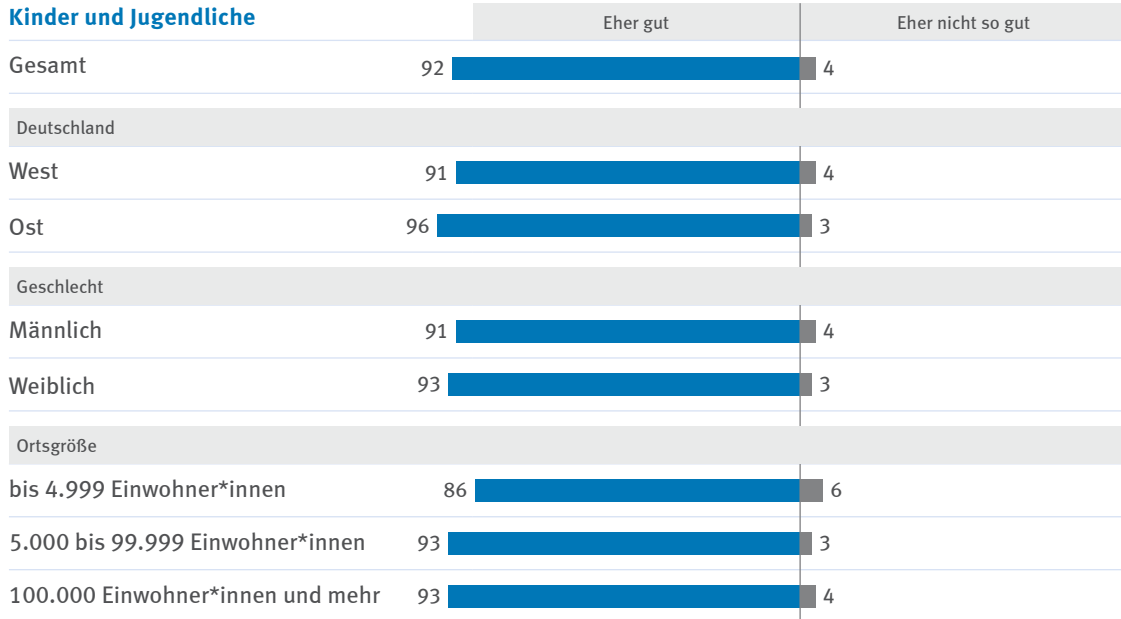
71 Prozent sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland bei politischen Entscheidungen mehr mitbestimmen dürfen sollten. Die junge Generation in Westdeutschland sieht das eher so als die in Ostdeutschland (72 zu 67 Prozent), und jüngere Kinder (75 Prozent der 10- bis 11-Jährigen) eher als die älteren (12- bis 14-Jährige und 15- bis 17-Jährige jeweils 69 Prozent). Und auch die Kinder und Jugendlichen in kleinen Kommunen (79 Prozent) sind eher dieser Auffassung als diejenigen in Großstädten (68 Prozent).

Immerhin noch 57 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass die Themen Politik und Gesellschaft schon in der Grundschule behandelt werden sollten. Das sehen vor allem die jüngeren Kinder so (62 Prozent der 10- bis 11-Jährigen), während die älteren Befragten das etwas weniger präferieren (12- bis 14-Jährige und 15- bis 17-Jährige jeweils 55 Prozent). Jungen sehen das eher so als Mädchen (59 zu 55 Prozent). Neben den Grundschüler*innen wird diese Forderung vor allem von den Gymnasiast*innen (jeweils 61 Prozent) befürwortet. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird schließlich von 49 Prozent der Kinder und Jugendlichen als „eher gut“ angesehen, 37 Prozent sehen das nicht so. Dieser Meinung sind Jungen etwas eher als Mädchen (51 zu 46 Prozent), und vor allem die Befragten in Großstädten (54 Prozent) sprechen sich dafür aus.

Abbildung 20: Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen — TOP 1

Aussage: *Es sollte mehr Geld für Kinder- und Jugendarbeit geben, z. B. für Jugendclubs.*

Kinder und Jugendliche



Frage 5:

Es gibt verschiedene Ideen, Kindern und Jugendlichen das Thema Demokratie näherzubringen. Welche dieser Ideen hältst du eher für gut und welche eher für nicht so gut?

Grundgesamtheit: Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

Bei den Erwachsenen wird ein verstärkter Austausch zu aktuellen politischen Ereignissen im Schulunterricht als wichtigste Maßnahmen angesehen, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. 89 Prozent sind dieser Ansicht – Befragte in Westdeutschland eher als in Ostdeutschland (91 zu 82 Prozent), Frauen eher als Männer (92 zu 85 Prozent), und Befragte mit hohem Schulabschluss (92 Prozent) eher als solche mit mittlerem oder niedrigem Schulabschluss (90 bzw. 83 Prozent) (s. Abb. 22). Entlang der Parteilager sehen das vor allem die Anhänger*innen der Unionsparteien und der SPD (jeweils 94 Prozent) sowie der Grünen so (93 Prozent), während die Zustimmungsrate im AfD-Lager nur bei 76 Prozent liegt.

Ebenfalls 89 Prozent halten die Förderung sozialer Begegnungsmöglichkeiten, beispielsweise in Form von Stadtteilzentren oder Jugendfreizeiten, für eine sinnvolle Maßnahme. Das sehen vor allem die älteren Befragten so, während die Zustimmungsrate dazu bei den 18- bis 29-Jährigen nur bei 75 Prozent liegt. 86 Prozent der Erwachsenen halten mehr Geld, um den Erhalt und Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit finanziell abzusichern, für eine sinnvolle Maßnahme, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. Dieser Meinung sind jüngere Befragte (87 Prozent der 18- bis 29-Jährigen bzw. 92 Prozent der 30- bis 44-Jährigen) wesentlich eher als die über 60-Jährigen (81 Prozent), und Menschen mit höherem Haushaltseinkommen eher als diejenigen mit niedrigem Haushaltseinkommen (90 zu 80 Prozent). Und auch Eltern mit Kindern unter 14 Jahren halten mehr Geld, um den Erhalt und Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit finanziell abzusichern, eher für eine sinnvolle Maßnahme als diejenigen ohne Kinder (92 zu 84 Prozent).

Politische Bildung als Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher*innen halten 82 Prozent für eine sinnvolle Maßnahme, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. Dieser Meinung sind Befragte in West- und Ostdeutschland fast gleichermaßen (81 zu 83 Prozent), Menschen mit hohem Schulabschluss eher als diejenigen mit

niedrigem Schulabschluss (85 zu 78 Prozent). In den politischen Lagern herrscht bei dieser Frage weitgehende Einigung mit Zustimmungswerten zwischen 84 und 92 Prozent, nur die Anhänger*innen der AfD sehen das mit 71 Prozent wesentlich weniger häufig so.

Die stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik, beispielsweise durch unabhängige Kinder- und Jugendbeauftragte, befürworten 78 Prozent der befragten Erwachsenen. Das sehen jüngere Befragte wesentlich öfter so als ältere (86 Prozent der 18- bis 29-Jährigen zu 73 Prozent der über 60-Jährigen) und Menschen mit hohem Haushaltseinkommen öfter als diejenigen mit niedrigem Haushaltseinkommen (84 zu 71 Prozent). Und auch die Erwachsenen in Großstädten sind eher dieser Meinung als diejenigen in kleinen Kommunen (82 zu 73 Prozent), und Eltern mit Kindern unter 14 Jahren eher als diejenigen ohne Kinder (85 zu 77 Prozent).

Nahezu ausgeglichen ist die Meinung bei den Erwachsenen bei der Frage, ob politische Bildung schon ab der Grundschule eine sinnvolle Maßnahme ist, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. 48 Prozent sehen das als sinnvoll an, 50 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Befürwortet wird eine solche Maßnahme in Ostdeutschland wesentlich öfter als in Westdeutschland (55 zu 46 Prozent), und in Großstädten eher als in kleinen Kommunen (52 zu 44 Prozent).

Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft durch verbindliche Beteiligungsverfahren bei politischen Entscheidungen halten 47 Prozent der Erwachsenen für sinnvoll, 48 Prozent hingegen nicht. Befürwortet wird eine solche Maßnahme eher von jüngeren als von älteren Befragten (56 Prozent der 18- bis 29-Jährigen zu 42 Prozent der über 60-Jährigen) und von denen mit höherem Schulabschluss eher als von denjenigen mit niedrigem Schulabschluss (54 zu 45 Prozent). Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wird schließlich nur von 28 Prozent der Erwachsenen als sinnvolle Maßnahme angese-

hen, um die demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. Am ehesten sehen das die 18- bis 29-Jährigen mit 44 Prozent und diejenigen mit hohem Schulabschluss mit 34 Prozent als sinnvoll an. In den politischen Lagern sprechen sich am ehesten

die Anhänger*innen von Grünen, Linken und der SPD für die Absenkung des Wahlalters (57 zu 46 zu 45 Prozent), während bei denen der FDP, der Unionsparteien und vor allem der AfD die Zustimmungsraten nur sehr gering sind (20 zu 14 zu 6 Prozent).

Abbildung 21: Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen

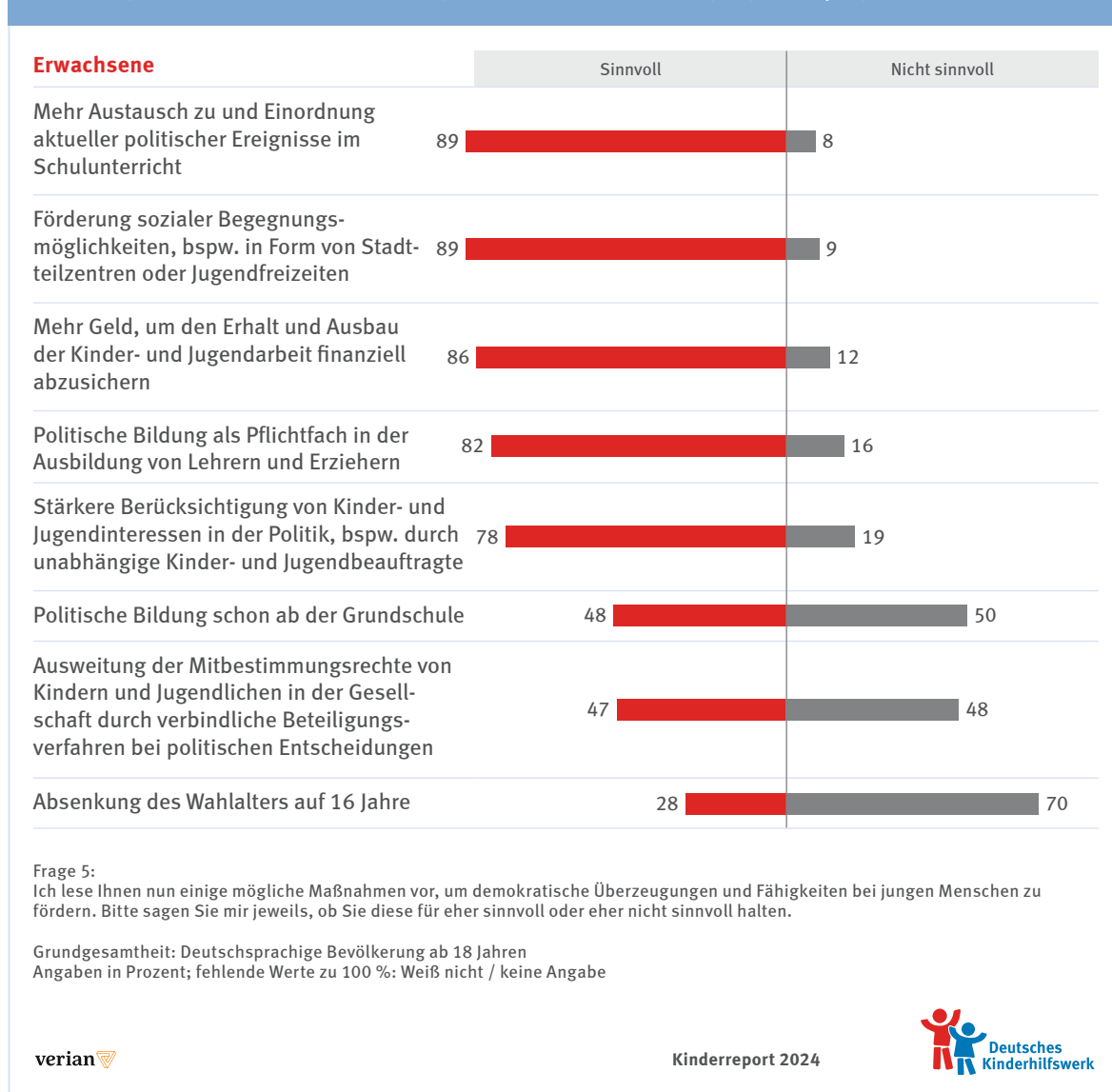
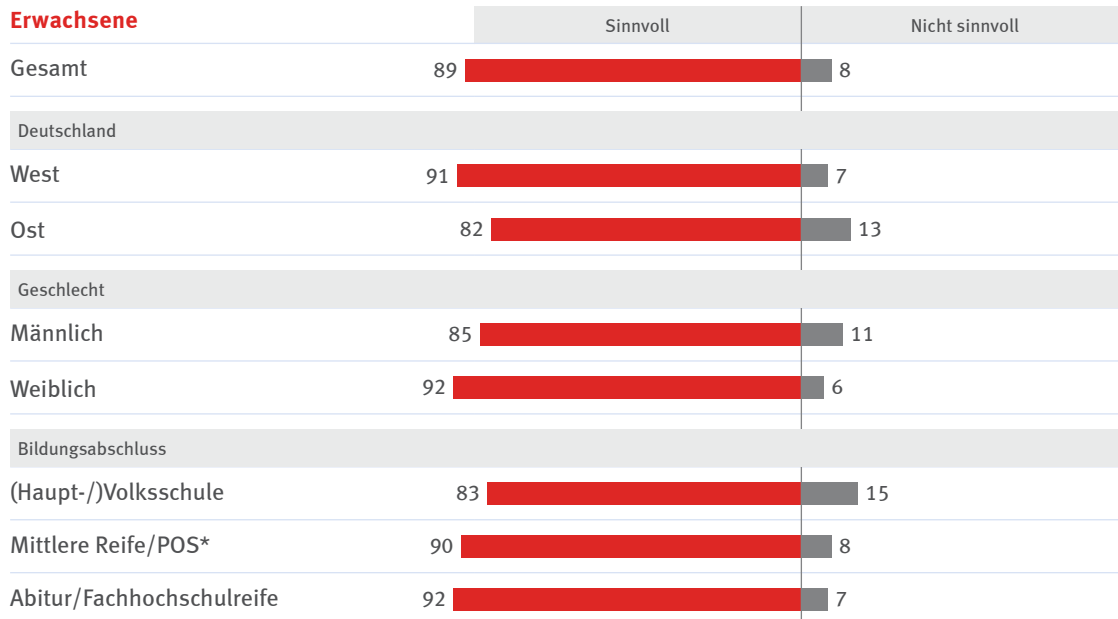


Abbildung 22: Maßnahmen zur Förderung demokratischer Überzeugungen bei jungen Menschen — TOP 1

Aussage: Mehr Austausch zu und Einordnung aktueller politischer Ereignisse im Schulunterricht



Frage 5:

Ich lese Ihnen nun einige mögliche Maßnahmen vor, um demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten bei jungen Menschen zu fördern. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie diese für eher sinnvoll oder eher nicht sinnvoll halten.

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht / keine Angabe

* Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule in der DDR

Politische Schlussfolgerungen

Die befragten Kinder und Jugendlichen plädieren in Bezug auf Demokratieförderung deutlich dafür, diejenigen Orte zu stärken, an denen sie ihre Freizeit verbringen (zum Beispiel in Form der Kinder- und Jugendarbeit). Zudem fordern sie eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen in der Politik ein, die sie als ausschlaggebend zur Förderung demokratischer Überzeugungen ansehen. Die erwachsenen Befragten setzen hingegen etwas stärker auf die Bedeutung des Bildungssystems und die Fortbildung der dort tätigen Fachkräfte.

Im Hinblick auf die Bedürfnisse junger Menschen wäre es ein wichtiger Schritt, den Anteil der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe wieder zu steigern, statt kontinuierlich abzusinken. Zumal die Anforderungen,

was Kinder- und Jugendarbeit leisten kann und soll, stetig steigen. Ohne die notwendigen personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen kann Kinder- und Jugendarbeit ihre Rolle als Akteurin der Demokratiebildung nicht effektiv wahrnehmen. Das ist insbesondere auch für die Erreichung der von Armut betroffenen Kinder und ihrer Familien von Bedeutung, für die etwa Jugendzentren, Ferienmaßnahmen oder andere Angebote wichtige Anlaufstellen sind. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes die Möglichkeit, demokratische Überzeugungen niedrigschwellig zu vermitteln und zu fördern, eine breite Zielgruppe zu erreichen und damit außerhalb der klassischen Bildungsinstitutionen eine wichtige unterstützende Funktion einzunehmen.

Grundsätzlich kommt, wie oben bereits erwähnt, vor allem aber auch der frühen Vermittlung politischer Bildung in Kitas und Grundschulen eine zentrale Rolle zu. Das Deutsche Kinderhilfswerk plädiert diesbezüglich nicht für ein zusätzliches Schulfach, das den Kindern im ohnehin vollen Stundenplan weitere Aufgaben aufbürdet und Demokratiebildung zur reinen Pflichtlektüre verkommen ließe. Vielmehr gilt es, eine gelebte Mitbestimmungskultur im Sinne praktischer Erfahrungen von Meinungsbildung und gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Hierfür braucht es Fortbildungen für Fachkräfte in Grundschulen und Kitas, um geeignete spielerische, partizipatorische Elemente zu erlernen, die insbesondere auch in den Unterricht der Kernfächer integriert werden können. Schule als Ganzes – und damit insbesondere auch Schul- und Kitaleitungen – muss sich des Themas annehmen, um Demokratiebildung und -erziehung nachhaltig als positive, alltagsnahe Erfahrung im Schul- und Kitaalltag zu verankern.

Im Gegensatz zu Erwachsenen bewerten Kinder und Jugendliche Mitbestimmungsmöglichkeiten als deutlich wichtiger für die Förderung demokratischer Kompetenzen. So wird die Absenkung des Wahlalters von den Kindern und Jugendlichen als bedeutender eingeschätzt als von den Erwachsenen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Kinder und Jugendliche der Förderung demokratischer Überzeugungen über praktische Beteiligungs- und Mitspracherfahrungen mehr oder zumindest gleichwertige Bedeutung beimessen wie der reinen Wissensvermittlung. Für eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik ist es dringend geboten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich in den kommunalen Gesetzgebungen und Landesverfassungen zu verankern sowie durch geeignete Ausbildungen die Mitarbeiter*innen in entsprechenden Beteiligungsprozessen zu schulen. Sowohl auf der Landes- als auch auf kommunaler Ebene sollten direkte und stellvertretende Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche gesetzlich festgeschrieben sowie stärker und nachhaltig (finanziell) unterstützt und gefördert werden. Das kann abhängig von den vorhandenen Strukturen im jeweiligen Bundesland, wie oben bereits beschrieben, in Form von Kinder- und Jugendbeauftragten geschehen und/oder über die stärkere Unterstützung und Verbreitung von kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten. Die Einrichtung einer Fach- und Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung, die von der Landesebene ausgehend die Kommunen bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen berät und unterstützt, ist wiederum in jedem Bundesland sinnvoll. In den Städten und Gemeinden sollten des Weiteren kindgerechte Strukturen entwickelt werden, beispielsweise in Form von für das Thema Beteiligung und Kinderrechte zuständigen Stabsstellen oder mandatierten Fachämtern bzw. ämterübergreifenden Arbeitsgruppen.

Demokratie braucht Demokrat*innen – Politische Bildung stärken und Kinderarmut bekämpfen

Thomas Krüger

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes

– Unter Mitarbeit von Till Mischko

Seit der Veröffentlichung des Kinderreports 2017 zur Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen haben sich die Weltlage wie auch das innenpolitische Klima in Deutschland dramatisch verändert. Politik und Gesellschaft stehen vor zahlreichen Herausforderungen: Kriege, Klimawandel, zunehmende gesellschaftliche Spaltung und Inflation bestimmen den öffentlichen Diskurs und sorgen dafür, dass die Menschen weniger optimistisch in die Zukunft blicken.¹ Dabei steckt die Demokratie weltweit in der Krise: Erstmals seit 2004, so macht der Transformationsindex 2022 der Bertelsmann Stiftung deutlich, wurden mehr autokratische als demokratische Staaten verzeichnet. Von 137 untersuchten Ländern sind nur noch 67 Demokratien, während die Zahl der Autokratien auf 70 gestiegen ist.²

In Deutschland hat sich – den globalen Entwicklungen zum Trotz – die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie leicht verbessert, wie aktuelle Ergebnisse einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeigen.³ Dies kann jedoch

nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Bevölkerung mit der Demokratie hadert. Als besonders alarmierend erscheint die Tatsache, dass sich die regionalen Unterschiede zwischen Ost und West weiter verschärft haben.⁴ Es zeigt sich zudem: Im Angesicht komplexer Krisen fühlen sich Menschen zunehmend überfordert. So gibt ein Großteil der Befragten der FES-Studie an, dass politische Probleme gegenwärtig so komplex erscheinen, dass sie schwer zu verstehen sind. Gestiegen ist auch der Anteil derer, die politische Entscheidungen an Expert*innen delegieren möchten oder unkomplizierte Abstimmungsverfahren präferieren.⁵

Führen wir uns die oben genannten Entwicklungen vor Augen, ist eines besonders wichtig: Demokratie ist eine Gesellschaftsform, die in jeder Generation neu gelernt werden muss und deren Fortbestand nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden darf. Studien zeigen uns, Kinder und Jugendliche entwickeln demokratische Haltungen am ehesten, wenn sie Demokratie selbst erleben und

1 Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland (2023): Knapp die Hälfte der Deutschen glaubt, in zehn Jahren schlechter zu leben als heute Zugriff. Abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/blick-in-die-zukunft-knapp-die-haelfte-der-deutschen-glaubt-in-zehn-jahren-schlechter-zu-leben-als-XK5HXRZMRG5VFY3TS75RQOHWE.html>; Zugriff 12.05.2024.

2 Vgl. Bertelsmann Stiftung (2023): Demokratie weltweit unter Druck: Zahl der autoritären Regierungen steigt weiter. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/februar/demokratie-weltweit-unter-druck>; Zugriff 12.05.2024.

3 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2023): Studie 2023: Vertrauen in Demokratie in Krisenzeiten. Abrufbar unter: <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie>; Zugriff 12.05.2024.

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. ebd.



deren positive Auswirkungen erfahren.⁶ Um dies zu ermöglichen, braucht es sowohl zuträgliche Rahmenbedingungen als auch individuelle Förderkonzepte. Auch die Bedrohungen, denen die Demokratie derzeit ausgesetzt ist, gilt es dabei in den Blick zu nehmen. Folgt man aktuellen Untersuchungen, dann spielen, wie im Weiteren zu diskutieren sein wird, vor allem prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse eine entscheidende Rolle, wenn Menschen sich von der Demokratie abwenden. Vor diesem Hintergrund ist auch über das Thema Kinderarmut zu sprechen, die Grundprinzipien wie Partizipation, Engagement und politische Bildungsprozesse in hohem Maße gefährdet.



Aufstieg des Rechtspopulismus

Eine der größten Gefahren für den demokratischen Zusammenhalt ist nach wie vor in rechtspopulistischen Parteien und rechtsextremen Gruppierungen zu sehen, die in den letzten Jahren in Deutschland an Einfluss gewonnen haben. Damit einher geht auch eine Zunahme antidemokratischer und rassistischer Ressentiments sowie die Verbreitung von Verschwörungserzählungen, die einen Nährboden in Krisensituationen wie der Corona-Pandemie, den Auswirkungen des Klimawandels oder dem Krieg in der Ukraine finden.⁷ Vor allem in Ostdeutschland können rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien große Erfolge verzeichnen.⁸ Wie dramatisch diese Entwicklungen sind und welche Ziele diese Parteien und ihnen nahestehende Grup-

pierungen verfolgen, zeigte eine dieses Jahr veröffentlichte investigative Recherche des Medienunternehmens Correctiv. Demnach kamen im November 2023 Politiker*innen, Rechtsextreme und Unternehmer*innen in Potsdam zusammen, um über die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland zu beraten.⁹ Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass in den Tagen nach dem Bekanntwerden des Treffens Hunderttausende in ganz Deutschland auf die Straßen gingen, um ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte zu setzen.¹⁰

Folgt man Analysen der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), so sind antidemokratische Einstellungen gegenwärtig eng mit rechten Ideologien ver-

-
- 6 Vgl. BMFSFJ (2021): Demokratie braucht Euch! Wie Pädagoginnen und Pädagogen Demokratie aktiv gestalten. Berlin. Abrufbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publicationen/Demokratie-braucht-Euch.pdf; Zugriff 12.05.2024.
 - 7 Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (2024): Auf einen Blick. Aufstieg des Rechtspopulismus: Erklärungsansätze und Analysen. Abrufbar unter: <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-auf-einen-blick-rechtspopulismus-in-deutschland-37867.htm>; Zugriff 12.05.2024.
 - 8 Vgl. Der Spiegel (2023): AfD in Ostdeutschland bei 32 Prozent – deutlich vor der CDU. Abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-ostdeutschland-laut-umfrage-bei-32-prozent-deutlich-vor-der-cdu-a-3b008d96-0c97-4d11-9caa-7a08b3bd49a9>; Zugriff 30.01.2024. Vgl. auch: Die Zeit (2024): AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen laut Umfrage weit vorn. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/afd-umfrage-brandenburg-sachsen-thueringen>; Zugriff 12.05.2024.
 - 9 Vgl. Correctiv (2024): Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland. Abrufbar unter: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>; Zugriff 12.05.2024.
 - 10 Siehe z.B. Bernstein, Martin / Kastner, Bernd (2024): Demo gegen rechts in München. „Ich glaube, hier beginnt etwas ganz Großes“. Abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-demo-gegen-rechts-heute-abbruch-siegstor-afd-1.6336446?reduced=true>; Zugriff 12.05.2024.

knüpft, da sie demokratischen Grundsätzen, wie beispielsweise der Anerkennung der Gleichheit aller Menschen, fundamental widersprechen. Das Gesellschaftsverständnis des Rechtspopulismus beschwört das Bild einer staatlich abgesicherten, gegnerischen Elite, die den Bürger*innen antagonistisch gegenübersteht und sich nicht für ihre Belange interessiert.¹¹



In der Forschung gibt es unterschiedliche Erklärungen für den Erfolg rechtsextremer Parteien und Bewegungen.¹² Ein Ansatz geht beispielsweise davon aus, dass das Erstarken der Rechten eine Folge von Verteilungskämpfen ist, die sozioökono-

misch abgehängte Bevölkerungsgruppen hervorbringen, die wiederum empfänglicher für rechte Ideologien sind. So kommen einige empirische Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die AfD häufiger in sozialen Klassen mit niedrigem Einkommen¹³ gewählt wird.¹⁴ Andere Studien postulieren, dass es dabei nicht unbedingt reale Erfahrungen sozioökonomischer Ausgrenzungen sein müssen, die Menschen in die Hände antidemokratischer Kräfte treiben, sondern bereits die Angst vor einem sozialen Abstieg ausreicht, um derartige Ansichten zu begünstigen. Daneben existieren Erklärungsmodelle, die den Rechtspopulismus als Ausdruck einer kulturellen Auseinandersetzung betrachten, die sich im Kontext der Globalisierung als Konflikt zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen vollzieht.¹⁵ Ansätze von Franz Decker und Marcel Lewandowsky betonen darüber hinaus in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB):

Es ist vor allem die subjektive Deprivation, das heißt die Angst vor sozialem Abstieg, gepaart mit dem Gefühl, politisch machtlos und von den etablierten Parteien und Politikern nicht vertreten zu sein, die bestimmte Gruppen der Gesellschaft für die populistischen Botschaften empfänglich macht. Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien rühren folglich nicht unmittelbar aus der ökonomischen und kulturellen Modernisierung, sondern daraus, dass die gemäßigten Parteien des linken und rechten Mainstreams in der Krise als Transmissionsriemen des politischen Systems versagen: Zum einen werden sie sich im Wettbewerb um die mehrheitsfähige Wählermitte ideologisch immer ähnlicher, können also nicht mehr glaubhaft

11 Vgl. Hans-Böckler-Stiftung (2024), Aufstieg.

12 Anm.: Siehe auch Ansätze der Autoritarismusforschung, die vor allem (fehlende) Krisenbewältigungspotenziale des politischen Systems fokussiert. Vgl. beispielsweise die Leipziger Autoritarismusstudie der Heinrich-Böll-Stiftung. Abrufbar unter: https://www.boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie?gad_source=1&gclid=EAlaIqobChM1ZuOgevShAMVmKyDBx2gAgWEAAYASAAEglv5PD_BwE; Zugriff 12.05.2024.

13 „Im WSI-Blog aus dem Herbst 2018 zeigt der Soziologe Thomas Lux, dass im Jahr 2016 der Anteil der AfD-Wähler:innen in den unteren Einkommenschichten (Personen, die weniger als 70 Prozent des mittleren Einkommens erhalten) bei 15 Prozent lag, während dieser Anteil unter Wähler:innen mit mittlerem oder hohem Einkommen (70–150 Prozent bzw. mehr als 150 Prozent des mittleren Einkommens) jeweils 9 Prozent erreichte. Zudem war die AfD unter den größeren deutschen Parteien diejenige, in deren Anhängerschaft sich anteilmäßig die meisten Menschen mit niedrigen Einkommen befanden“ (ebd.).

14 Ebd.

15 Vgl. ebd.



vermitteln, für unterscheidbare politische Konzepte zu stehen. Zum anderen haben sowohl die sozialdemokratischen als auch die konservativen bzw. christdemokratischen Parteien ökonomische und kulturelle Positionen geräumt, die ihre Programmatik und Ideologie über Jahrzehnte hinweg prägten.¹⁶

Rechtspopulistische Einstellungen sind mittlerweile in sämtlichen Gesellschaftsbereichen vertreten, was sich nicht zuletzt in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen bemerkbar macht. In der Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ der Amadeu Antonio Stiftung finden sich zahlreiche Beispiele aus jüngerer Vergangenheit, die belegen, dass rechtes Gedankengut bereits in Kindertagesstätten zu einem ernst zu nehmenden Problem werden kann.¹⁷ Aktuelle Vorstöße bspw. der AfD zielen u.a. darauf ab, sexuelle Aufklärung in Kitas abzuschaffen¹⁸ oder ein Verbot von Kopftüchern für Kinder unter 14 Jahren durchzusetzen.¹⁹

Auch im schulischen Alltag gehören antidemokratische Dynamiken längst zum Tagesgeschehen. Die Bandbreite der Diskriminierungen, die sowohl von Schüler*innen als auch von Lehrkräften ausgehen können, reicht dabei von rassistischen Äußerungen und sexistischen Abwertungen bis hin zu klassistischen Ausschlüssen. Zwar können Schulen antidemokratische Vorfälle über Meldeplattformen an die Ministerien weitergegeben, dies wird in der Praxis jedoch zumeist nur in Fällen umgesetzt, die als eindeutig rechtswidrig gewertet werden. Ein Großteil wird somit in der Regel nicht erfasst, sodass die länderspezifischen Statistiken nur einen kleinen Problemausschnitt abbilden können. Aufgrund der gesellschaftlichen Brisanz des Themas sind Lehrkräfte zudem häufig nur bereit Konflikte und Probleme an ihrer Schule zu benennen, wenn sie keine negativen Konsequenzen zu erwarten haben. Und nicht zuletzt braucht es professionelles Wissen, um Diskriminierungen erkennen zu können.²⁰

Kinderarmut und ihre Auswirkungen auf das politische Engagement



Dass soziale Sicherheit und Demokratiefähigkeit eng miteinander verknüpft sind, steht außer Frage. Als gesichert gilt, dass Armut und Arbeitslosigkeit sich in negativer Weise auf die politische Beteiligung betroffener Personen auswirken können. Mit Paul Marx können vor diesem Hintergrund mehrere Aspekte ins Auge gefasst werden, die den Zusammenhang von mangelnder politischer Beteiligung und prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen erklären können. So verfü-

gen sozioökonomisch benachteiligte Personen beispielsweise häufig nicht über die emotionalen und kognitiven Ressourcen, um ihre Aufmerksamkeit auf politisches Engagement richten zu können. Darüber hinaus mangelt es ihnen mitunter an der Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit, die sich aus anderen Lebensbereichen überträgt. Zudem leiden ihre sozialen Bindungen infolge fehlender ökonomischer Ressourcen und gesellschaftlicher Stigmatisierungen. Soziale Bindungen aber

16 Vgl. Decker, Franke / Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien/>; Zugriff 12.05.2024.

17 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (2018): Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik. Abrufbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/kita_internet_2018.pdf; Zugriff 12.05.2024.

18 Vgl. Die Zeit (2023): AfD will Sexuaufklärung in Kitas abschaffen: Kritik. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/news/2023-09/11/afd-will-sexuaufklaerung-in-kitas-abschaffen>; Zugriff 12.05.2024.

19 Deutscher Bundestag (2023): Keine Kopftücher in Kitas und Schulen. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-978112>; Zugriff 12.05.2024.

20 Vgl. Dannemann, Udo (2024): Antidemokratische Positionen und Einstellungen in Schulen. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544538/antidemokratische-positionen-und-einstellungen-in-schulen/#node-content-title>; Zugriff 12.05.2024.

sind eine Voraussetzung politischer Beteiligung, wie Marx deutlich macht: „Politische Beteiligung wird maßgeblich getragen von der Mobilisierung und Verteilung von Informationen durch soziale Kontakte und Netzwerke.“²¹ Zu guter Letzt werden Menschen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen häufig politisch nur unzureichend repräsentiert, was sich beispielsweise in fehlender demokratischer Beteiligung oder in Protestwahlen ausdrücken kann.²²

Dies vor Augen erscheint es als handfester gesellschaftlicher Skandal, wenn eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zu dem ernüchternden Schluss kommt, dass 2,88 Millionen Kinder unter 18 Jahren in Deutschland als armutsgefährdet gelten.²³ Wenn über die Krise der Demokratie gesprochen wird, müssen auch Lösungen für das Problem der Kinderarmut gefunden werden. Der Aussage, dass sich Politiker*innen nur unzureichend darum kümmern, stimmen 84 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Kinderreport 2023 zu. Auch bei den Erwachsenen ist eine große Mehrheit der Befragten dieser Ansicht. Diese Zahlen unterstreichen das Problembewusstsein in der Bevölkerung für das Thema und rufen zum schnellen Handeln auf.²⁴

Das Gefühl, nicht zur Gesellschaft dazuzugehören, ist bei betroffenen Kindern von Beginn an präsent und wirkt sich in hohem Maße auf ihr Selbstwirksamkeitsempfinden aus. So erleben sie Benachteiligungen in sämtlichen Bereichen ihres Lebens, wie beispielsweise der Ernährung oder der gesundheitlichen Versorgung. Zudem sind sie klassistischen Vorurteilen ausgesetzt, die mitunter unbewusst reproduziert werden und beispielsweise in Form von Stigmatisierung

gen oder stereotypen Zuschreibungen auftreten können.²⁵

Kinder, die in Armut aufwachsen, erleben früh ein Gefühl des Mangels und der fehlenden Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Häufig fehlt es ihnen an Wohnraum, um ihre Freund*innen zu sich nach Hause einladen zu können. Unterstützungsleistungen, auf die sie angewiesen sind, gehen oft mit beschämenden bürokratischen Verfahren einher, in denen intime Fragen über die Familienverhältnisse beantwortet



21 Vgl. Schader Stiftung (2016): Führen prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu Politikverdrossenheit? Abrufbar unter: <https://www.schader-stiftung.de/themen/gemeinwohl-und-verantwortung/fokus/finanzkrise/artikel/fuehren-prekaere-lebens-und-arbeitsbedingungen-zu-politikverdrossenheit>; Zugriff 12.05.2024.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. Funcke, Antje; Menne, Sarah (2023): Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland (Bertelsmann Stiftung), S. 1 ff. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland>; Zugriff 12.05.2024.

24 Deutsches Kinderhilfswerk (2023): Kinderreport Deutschland 2023. Kinderarmut in Deutschland. Berlin. Abrufbar unter: www.dkhw.de/kinderreport2023; Zugriff 12.05.2024

25 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (o. J.): Klassismus ist ... Abrufbar unter: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/plakat_klassismus.pdf; Zugriff 12.05.2024.

werden müssen. Von Armut betroffene Kinder entwickeln mitunter weitreichende Vermeidungsstrategien, um mit Gefühlen der Scham und Isolation umgehen zu können. Sie melden sich beispielsweise krank, wenn für bestimmte Freizeitaktivitäten die finanziellen Mittel fehlen, oder erfinden Ausreden, wenn es ihnen nicht möglich ist, etwas mit ihren Freund*innen unternehmen zu können. Kinder, die unter prekären Bedingungen aufwachsen, fühlen sich schon früh von der Gesellschaft abgelehnt. Wie Studien zeigen, werden sie häufiger ausgegrenzt und erleben häufiger körperliche und emotionale Gewalt.²⁶

Armut bedeutet dabei nicht nur, ökonomisch benachteiligt zu sein, sie schränkt auch das in der UN-Kinderrechtskonvention verankerte Recht auf Beteiligung (Art. 12) in hohem Maße ein. Betroffenen Kindern wird oft der Zugang zum kulturellen Leben erschwert, sie haben schlechtere Chancen auf Erfolg im Schulsystem und auf ihrem weiteren Bildungsweg. Ausgehend von der Prämisse, dass Demokratie erlernt werden muss, werden Angebote politischer Bildung vor allem jenen Kindern zuteil, die von Haus aus über ein hohes Maß an Bildung verfügen. So ist es nicht verwunderlich, dass sie häufig ein größeres politisches Interesse an den Tag legen und ihr Vertrauen in die demokratische Grundordnung signifikant höher ist. Wer politische Bildung erfährt, setzt sich häufiger für demokratische Belange ein. Wie Studien der Einstellungs- und Partizipationsforschung unterlegen, spiegelt sich die politische Ungleichheit entlang der sozialen Ungleichheit.²⁷ So kam jüngst eine weitere Studie der Bertelsmann Stiftung zu dem Ergebnis,

dass die Demokratie nicht in allen gesellschaftlichen Schichten über eine mehrheitliche Zustimmung verfügt. Es zeichnet sich ein Gefälle ab, wonach die Demokratie eine stabile Unterstützung bei höher gebildeten Kindern und Jugendlichen hat, in den mittleren und niedrigen Bildungsschichten jedoch an Zustimmung verliert. So stimmen über drei Viertel (77 Prozent) der höher Gebildeten einer Bewertung von Demokratie als guter Regierungsform zu. Damit wächst der Anteil in dieser Gruppe im Vergleich zu 2022 um sieben Prozentpunkte an. Die Befragten mit (angestrebtem) mittlerem Schulabschluss bewerteten die Demokratie jedoch nur noch zu 55 Prozent als gut. In der Gruppe der Befragten mit (angestrebtem) niedrigerem Bildungsstand rutscht die Zustimmung zur Demokratie im Vergleich zum Vorjahr um ganze 15 Prozentpunkte ab und liegt aktuell bei lediglich 40 Prozent. Die Demokratie verliert damit in dieser Gruppe zunehmend an Rückhalt.²⁸

Die Lebens- und Teilhabemöglichkeiten eines Menschen zeigen sich vor diesem Hintergrund maßgeblich durch Bildung bestimmt und werden früh verteilt. Zwar braucht es keine formalen Nachweise, um sich politisch engagieren zu dürfen, aber in vielen Fällen ist die Kenntnis politischer Sachverhalte und Themen dafür uninterfragte Voraussetzung.²⁹ Dass es nicht so sein muss und jedes Kind das Potenzial dazu hat, sich politisch zu engagieren, steht außer Frage. Dazu ist es aber notwendig, sowohl die Zugänge zu politischer Bildung als auch zu den Möglichkeiten demokratischer Partizipation auszuweiten und Hemmschwellen abzubauen.

26 Funcke/Menne, Jugendarmut, S. 10 ff.

27 Friedrich-Ebert-Stiftung (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15611.pdf>; Zugriff 12.05.2024.

28 Bertelsmann Stiftung (2023): Jugendliche in Deutschland blicken optimistischer in die eigene Zukunft als vor einem Jahr. Abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/august/jugendliche-in-deutschland-blicken-optimistischer-in-die-eigene-zukunft-als-vor-einem-jahr>; Zugriff 12.05.2024.

29 Vgl. Bödeker, Sebastian (2014): Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/189941/die-ungleiche-buergergesellschaft-warum-sozialeungleichheit-zum-problem-fuer-die-demokratie-wird>; Zugriff 12.05.2024.

Was es braucht: Demokratiebildung von klein auf

In Anbetracht der dargelegten Problemlagen kommt der politischen Bildung daher eine entscheidende Bedeutung bei, der Krise der Demokratie entgegenzuwirken. Im 16. Kinder- und Jugendbericht postulieren die Autor*innen, dass Demokratiebildung mit politischer Bildung gleichzusetzen sei. Dem pflichtet auch die Bundesregierung bei.³⁰

Junge Menschen wachsen heute in einer Zeit auf, die geprägt ist von tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen, z.B. von Globalisierung, Klimawandel, Migration, Digitalisierung und demografischem Wandel. Diese sogenannten Megatrends und Krisenphänomene fordern die Demokratie heraus und stellen gleichzeitig das „gesellschaftliche Aufgabenportfolio für die heutige junge Generation“ [...] dar. Diese, dem 16. Kinder- und Jugendbericht vorangestellte, Einschätzung teilt die Bundesregierung. Zudem wird die Demokratie mit Einstellungen und Aktivitäten konfrontiert, die ihr mit Skepsis begegnen, sie unterhöhlen oder sie sogar offen angreifen. Dazu gehören z.B. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Rechtsextremismus und -populismus. Die Bundesregierung stimmt der Kommission darin zu, dass politische Bildung den fortwährenden Auftrag hat, Demokratie und ihre Prinzipien zu vermitteln. Daneben muss es in der politischen Bildung stets um die Art und Weise der gesellschaftlichen Verständigung über allgemein verbindliche Regeln gehen.³¹

Politische Bildung mit Blick auf Demokratiebildung wird dabei in drei Kategorien unterteilt. Zu unterscheiden ist demnach zwischen Demokratie als Bildungsgegenstand, Demokratie als Bildungsstruktur und Demokratie als Erfahrung.³² Als Bildungsgegenstand zielt Demokratiebildung auf das Erlernen demokratie-relevanten Wissens und entsprechender Kompetenzen. Demokratie als Bildungsstruktur fokussiert demgegenüber die Strukturen von Einrichtungen und sozialen Räumen und untersucht, wie demokratisch sie als Bildungsräume gestaltet sind. Demokratie als Erfahrung betont schließlich, dass es vor allem die Aneignungsleistungen der Kinder und Jugendlichen sind, die für den Erfolg demokratischer Bildungsprozesse benötigt werden. Diese drei Aspekte der Demokratiebildung dürfen aber nicht voneinander getrennt gedacht werden, sondern müssen sich vielmehr gegenseitig ergänzen.³³

Indem Kinder demokratische Grundlagen wie etwa den politischen Pluralismus oder das Prinzip freier Wahlen erlernen, üben sie ein, für sich und die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Neben historischem Wissen, wozu beispielsweise die Geschichte des Nationalsozialismus oder die Konstituierung der demokratischen Verfassung gehören, können demokratische Erfahrungen über das eigene Handeln bereits von klein auf erlernt werden.³⁴ „Partizipation und Selbstverantwortung müssen früh und in möglichst allen Lebenszusammenhängen erlernt und erfahren werden – auch und gerade in Familie und Schule“³⁵, wie es dazu in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der Demokratieerziehung

30 Vgl. Deutscher Bundestag (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. 16. Kinder- und Jugendbericht. Abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/242/1924200.pdf>; Zugriff 12.05.2024. Anm.: Der Autor dieses Beitrages, Thomas Krüger, war Co-Autor des 16. Kinder- und Jugendberichts.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Lüders, Christian (2021): Zu jung für Politik? In: DJI impulse 1/21. Abrufbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull125_d/DJI_1_21_Web.pdf; Zugriff 12.05.2024.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. o.V. (2019): Stärkung der Demokratieerziehung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i.d.F. vom 11.10.2018. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/192243/staerkung-der-demokratieerziehung/>; Zugriff 12.05.2024. Siehe auch: Deutsches Kinderhilfswerk (2008): Die Kinderstube der Demokratie. Berlin. Abrufbar unter: <https://shop.dkhw.de/de/kinderpolitik-artikel/7-die-kinderstube-der-demokratie-wie-partizipation-in-kindertageseinrichtungen-gelingt.html>; Zugriff 21.02.2024.

35 Vgl. ebd.





heißt. Die Vermittlung demokratischer Prinzipien ist zudem eine fächerübergreifende Aufgabe, die die politische Verantwortung und Selbstwirksamkeit von Schüler*innen stärkt.³⁶

Dass politische Bildung bereits in der frühkindlichen Bildung verankert werden muss, zeigen beispielsweise Forschungen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Demnach können sich drei Faktoren positiv auf den Bildungserlauf auswirken. So braucht es einen flächendeckenden Ausbau der frühkindlichen Bildung insbesondere von Kindertagesstätten, die individuelle Förderung von Schüler*innen und den flächendeckenden Ausbau des Ganztags. Der Fokus auf die frühkindliche Bildung ist dabei vor allem in

theoretischen Diskursen zum Thema angestoßen worden, während in der Praxis infrastrukturell verankerte Angebote noch eher rar gesät sind.³⁷ Auch im Bereich der Ganztagschulen ist politische Bildung oft noch unsichtbar. Dabei geht es vor allem um eine Kooperation von Trägern der außerschulischen politischen Bildung mit Schulträgern. Eine Überblicksdarstellung über den Diskurs und die Praxispotenziale liefert der Jahresbericht 2017 der Transferstelle Politische Bildung mit dem Jahresschwerpunkt „Gemeinsam stärker?! Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule“^{38,39}

Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich dafür ein, dass Demokratiebildung bereits früh in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verankert und dort in der Praxis gelebt wird. Gemeinsam mit dem Institut für den Situationsansatz (ISTA) bilden wir seit Anfang des Jahres 2020 das Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Kindesalter, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird. Der Arbeitsfokus liegt dabei auf ganzheitlicher Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen sowie in Ganztagsgrundschulen und Schulhorten, deren Fundament die sich wechselseitig bedingende Verwirklichung von Kinderrechtebildung, Inklusion, Partizipation und Schutz vor Diskriminierung ist. In diesem Zusammenhang ist es uns wichtig, dass alle Beteiligten an Bildung und Erziehung von Kindern im Alter von 0 bis 12 Jahren einbezogen werden. Dies betrifft u.a. die Kinder selbst, ihre Eltern und Familienmitglieder, Pädagog*innen, Einrichtungsleitungen und Trägervertreter*innen.

36 Vgl. z.B. Erdsiek-Rave, Ute; John-Ohnesorg, Marei (Hrsg., 2015): Demokratie lernen — Eine Aufgabe der Schule?! Berlin. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/12035.pdf>; Zugriff 12.05.2024.

37 Krüger, Thomas (2023): Ein Zwischenruf unseres Kommissionsmitglieds Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Politische Bildung von Anfang an! In: Hertie-Stiftung: Mehr und besser. Vorschläge für eine Demokratie von morgen. Abrufbar unter: https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Kommissionsbericht/GHS_kommissionsbericht_digital_1.pdf; Zugriff 12.05.2024.

38 Transferstelle politische Bildung (2017): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Essen. Abrufbar unter: Jahresbroschuere-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (transfer-politische-bildung.de) https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Transferstelle_Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschuere-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf; Zugriff 12.05.2024.

39 Krüger, Thomas (2023): Ein Zwischenruf unseres Kommissionsmitglieds Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. In: Hertie-Stiftung: Vorschläge. Abrufbar unter: https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Kommission_Demokratie_Bildung/Kommissionsbericht/GHS_kommissionsbericht_digital_1.pdf; Zugriff 12.05.2024.

Die UN-Kinderrechtskonvention dient uns hierbei als gemeinsame und verbindliche Grundlage.⁴⁰

Im Rahmen dieses Kompetenznetzwerkes hat das Forschungs- und Beratungsunternehmen InterVal im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes untersucht, wie sich Demokratiebildungsprozesse von Kindern im Übergang von der Kita zur Grundschule entwickeln. Der Untersuchungsfokus lag dabei insbesondere auf dem eigenen Erleben von Kindern in den Bereichen Kinderrechte, Partizipation, Inklusion und Persönlichkeitsentfaltung. Darüber hinaus wurden die Einwirkungen institutioneller Gegebenheiten und der pädagogischen Fachkräfte und Eltern bzw. Erziehungsberechtigten fokussiert. Konstatiert werden kann auf Grundlage der Studienergebnisse, dass in Kitas bereits demokratiebildende Konzepte angewandt werden, während in den Schulen noch Nachholbedarf in den Bereichen Inklusion und Partizipation besteht. Demnach gehen die Kinder den Eltern und den pädagogischen Fachkräften zufolge zwar in ihrer Persönlichkeit gestärkt in die Schule – fraglich ist jedoch, inwieweit sich erlernte Kompetenzen dort langfristig entwickeln und halten können. Es ist davon auszugehen, dass sowohl fehlende Teilnahmeangebote als auch sank-

tionierende Methoden für eine Aufrechterhaltung der erlernten Demokratiekompetenzen nicht förderlich sind.⁴¹

Auch die ebenfalls vom Deutschen Kinderhilfswerk in Auftrag gegebene explorative Studie „Kinderrechtebasierte Demokratiebildung im außerunterrichtlichen Ganztags“ macht deutlich, dass es in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen noch Verbesserungsbedarfe gibt. Die Umsetzung kinderrechtbasierter Demokratiebildung wird derzeit „vor allem durch strukturelle Rahmenbedingungen erschwert [...], darunter maßgeblich der Fachkräftemangel und der damit einhergehende Zeitmangel, den die Fachkräfte in der Praxis erleben.“⁴² Gerade in Ganztagsangeboten, welche häufig nicht ausreichend sichtbar sind und weniger Unterstützung erfahren, wünschen sich Befragte beispielsweise Fortbildungen sowie Beratungsangebote.⁴³ Bund und Länder sollten, so lautet in diesem Zusammenhang eine Empfehlung, die aus den Ergebnissen der Studie abgeleitet werden kann, „die Schwerpunktthemen kinderrechtbasierter Demokratiebildung stärker in den Curricula von Studien- und Ausbildungsgängen [des gesamten pädagogischen Personals] berücksichtigen und diese aufnehmen.“⁴⁴

Kinderarmut bekämpfen

Um antidemokratische Tendenzen zurückzudrängen und die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen zu stärken, braucht es, neben Maßnahmen der Demokratiebildung, eine entschlossene Strategie zur Verbesserung sozialstaatlicher Hilfsangebote für Kinder und ihre

Familien. Wie bereits gezeigt, hängt die Demokratiefähigkeit und -bereitschaft in hohem Maße damit zusammen, in welchen sozioökonomischen Verhältnissen ein Mensch aufwächst. Kinderarmut zu bekämpfen, ist aus dieser Perspektive ein entscheidender Grundpfeiler, wenn es

40 Das Kompetenznetzwerk Demokratiebildung im Kindesalter. Abrufbar unter: <https://www.kompetenznetzwerk-deki.de/ueberuns/das-kompetenznetzwerk.html>; Zugriff 12.05.2024.

41 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg., 2024): Theel, Tobias; Valtin, Anne; Schluzy-Neumann, Katja (2024): Abschlussbericht. Forschungsprojekt zu Demokratiebildungsprozessen bei Kindern im Übergang von der Kita in die Grundschule. Berlin. Abrufbar unter: <https://www.dkhw.de/studie-demokratiebildungsprozesse>; Zugriff 12.05.2024

42 Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg., 2024): Berger, Alina; Grapentin-Rimek, Theresa; Knoche, Elisabeth; Nicklas, Hannah; Schomaker, Lea (2024): Explorative Studie. Kinderrechtebasierte Demokratiebildung im außerunterrichtlichen Ganztags. Ergebnisse einer bundesweiten quantitativen Onlinebefragung pädagogischer Fachkräfte in Hort- und Ganztagsbetreuung im Primarbereich. Berlin. Abrufbar unter: https://www.kompetenznetzwerk-deki.de/fileadmin/user_upload/DKHW_Kinderrechtsbasierte_Demokratiebildung_ramboll.pdf; Zugriff 12.05.2024

43 Vgl. ebd.

44 Ebd.

um den Erhalt der Demokratie geht. Dass noch viel getan werden muss, zeigen die aktuellen schwierigen und langwierigen Diskussionen um die finanzielle, aber auch konzeptionelle Ausgestaltung der Kindergrundsicherung. Das Bündnis Kindergrundsicherung kritisiert in einer Stellungnahme, dass die Kindergrundsicherung in der aktuell vorgesehenen Form einen dringend notwendigen „echten Systemwechsel“⁴⁵ verpasst, und deutliche Nachbesserungen erforderlich sind. „Die aktuell genannten Vorhaben entsprechen aber eher einer Verwaltungsreform als einer echten Kindergrundsicherung“⁴⁶, bemängelte beispielsweise auch Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.⁴⁷



Das Deutsche Kinderhilfswerk, das Mitglied des Bündnisses Kindergrundsicherung ist, fordert seit Langem eine bundesweite und ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung zur Bekämpfung der Kinderarmut, deren Notwendigkeit sich nicht zuletzt aus den Artikeln 26 und 27 der UN-Kinderrechtskonvention ableiten lässt, die das Recht auf ein gutes Aufwachen, bestmögliche Entwicklungschancen und soziale Sicherheit beinhalten. Vor dem Hintergrund dramatischer Zahlen und einem steigenden Risiko für Kinderarmut im Angesicht multipler Krisen braucht es einen kindzentrierten Blick auf armutspräventive Maßnahmen. Das Ziel sollte es sein, allen Kindern ein gutes und gesundes Aufwachen sowie gleiche Lebenschancen unabhängig ihrer sozialen Herkunft zu ermöglichen. So bedarf es zuvörderst einer Kindergrundsicherung, die den Bedürfnissen von Kindern und ihren Familien gerecht wird. Die bedarfsgerechte Neuberechnung des Existenzminimums genauso wie zentrale Anlaufstellen für Familien bei der Bean-

tragung von Leistungen sind vor diesem Hintergrund wichtige Bestandteile bei der Bekämpfung von Kinderarmut und gehören ebenfalls zu unseren Kernforderungen.⁴⁸

Da Kinderarmut in hohem Maße exkludierend wirkt, fordern wir u.a. einen Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe. Dies würde mit einem Bundeskinderteilhabe-gesetz gewährleistet. Regelt werden soll, wie durch den Bund finanzierte Bildungs- und Teilhabeleistungen auf der kommunalen Ebene für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang braucht es auch armutspräventive Infrastruktur-Angebote im direkten Lebensumfeld der Kinder. Dazu gehören beispielsweise Spielorte und entsprechende Freizeitangebote. Weiterhin ist ein Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem notwendig, das Kindern gleiche Chancen eröffnet und in enger Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe wirkt.⁴⁹

45 Opitz, Nicole (2024): Noch weniger Geld für die Ärmsten? Abrufbar unter: <https://taz.de/Antworten-zur-Kindergrundsicherung/!5981082/>; Zugriff 12.05.2024.

46 Ebd.

47 Vgl. ebd.

48 Deutsches Kinderhilfswerk (2021): Gleiche Teilhabe-chancen für armutsbetroffene Kinder – Unsere Forderungen. Abrufbar unter: https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/7_Kernforderungen/Kernforderungspapier_Gleiche_Teilhabe-chancen_fuer_armutsbetroffene_Kinder_final.pdf; Zugriff 12.05.2024.

49 Ebd.

Für eine nachhaltige Bekämpfung von Kinderarmut ist es darüber hinaus notwendig, Familien bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Vor allem in den urbanen Ballungszentren mangelt es daran in signifikanter Weise. Um diese Lage zu verbessern, müssen umfangreiche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklung vorgenommen werden. Es ist erwiesen, dass Kinder in problematischen und beengten Wohnsituationen über weniger soziale Kontakte verfügen und sich mit zunehmendem Alter seltener draußen aufhalten bzw. Angebote in ihrem Umfeld seltener nutzen. Innerhalb der Städte konzentrieren sich einkommensschwache Haushalte und Kinderarmut zunehmend in einzelnen Stadtteilen, die sich durch hohe Umweltbelastungen sowie fehlende Spiel- und Grünflächen für Kinder auszeichnen. Ziel muss daher auch eine stärkere soziale Durchmischung innerhalb der Stadtteile sein. Auch wohnungspolitische Maßnahmen wie eine dauerhafte Belegungsbindung, die Begrenzung von Mietpreiserhöhungen oder die Erhöhung der Wohngeldleistungen können dafür sinnvoll sein.⁵⁰

Für von Armut betroffene Kinder würde die Umsetzung einer Gesamtstrategie bedeuten, dass ein Schritt in Richtung Chancengleichheit getan wird, der unabhängig der sozialen Herkunft Geltung erlangt. Durch eine neue bedarfsgerechte Berechnung des Existenzminimums von Kindern sowie der Einführung einer Kindergrundsicherung würde ein System der Familienförderung geschaffen, das soziale Ungleichheiten abbaut, statt diese noch zu verstärken. Nur so kann das häufig generationenübergreifende Problem der Armut nachhaltig bekämpft werden.

Neben der beschriebenen monetären Absicherung würde eine bedarfsgerechte (Bildungs-) Infrastruktur zu einer selbstbestimmten Entwicklung von Kindern beitragen. Kinder, die von einer hochwertigen und partizipativen Bildung profitieren, erfahren Selbstwirksamkeit und können Widrigkeiten besser trotzen. Ein auf die Bedarfe und Interessen von Kindern abgestimmtes Gesundheitssystem und ein bezahlbares und zugängliches Freizeitangebot tragen auf ihre Weise dazu bei, herkunftsbedingte Unterschiede auszugleichen und die Gefahren sozialer Isolation einzudämmen. Damit würde auch dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf eine Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums von Kindern endlich Rechnung getragen.⁵¹

All dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Kinder zu engagierten Bürger*innen werden, die am sozialen und demokratischen Leben teilhaben können. Eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Kinderarmut realisiert damit nicht nur die den Kindern zustehenden Kinderrechte, wie soziale Teilhabe, Gesundheit, Bildung und Nichtdiskriminierung, sondern ist auch ein zentraler Baustein beim Erhalt unserer Demokratie.⁵²



50 Ebd.

51 Ebd.

52 Ebd.

Fazit

Die Einsicht, dass Demokratie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die uns alle betrifft, hat seit dem Kinderreport 2017 nichts von ihrer Brisanz eingebüßt. Demokratiebildung ist in Anbetracht multipler Krisen eine maßgebliche Grundlage zu ihrer Stärkung, die keine Beschränkungen aufgrund von Alter, Reife oder Qualifikationen kennt. So konstatiert beispielsweise Elisabeth Richter treffend: „Demokratiebildungsprozesse finden daher grundsätzlich in Mündigkeit zur Mündigkeit statt und haben als einzige Voraussetzung die der Betroffenheit von Entscheidungen.“⁵³ Demokratie braucht darüber hinaus aber auch soziale Sicherheiten, um bezogen auf Kinder und Jugendliche das Vertrauen in die eigene politische Selbstwirksamkeit zu fördern und Bildungsprozesse anstoßen zu können. Der Erfolg rechtspo-

pulistischer Parteien und rechtsextremer Gruppierungen lässt sich nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass sich von Abstieg bedrohte Gruppen sowie Menschen in prekären Lebenslagen häufig ausgeschlossen fühlen und damit anfälliger für rechtspopulistische Manipulationen sein können. Als Kinderrechtsorganisation werden wir auch weiterhin entschieden dafür eintreten, Kindern Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen sowie Kinderarmut zu bekämpfen und sichtbar zu machen. Dieses Engagement ist eng mit der Auffassung verbunden, dass Demokratie von jeder Generation aufs Neue gelernt werden muss. Dabei ist es die Aufgabe der Erwachsenen, den notwendigen Rahmen zu schaffen, um ihren Erhalt auch zukünftig zu garantieren.

53 Richter, Elisabeth (2023): Was ist Demokratiebildung? Abrufbar unter: <https://epale.ec.europa.eu/de/blog/was-ist-demokratiebildung>; Zugriff 12.05.2024.



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Für Kinderrechte, Beteiligung und die Überwindung von Kinderarmut in Deutschland

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. setzt sich seit mehr als 50 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Der gemeinnützige Verein finanziert sich überwiegend aus privaten Spenden, dafür stehen seine Spendendosen an ca. 40.000 Standorten in Deutschland. Das Deutsche Kinderhilfswerk initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung von Kindern, ihrer Interessen bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen sowie der gleichberechtigten Teilhabe aller Kinder und der Überwindung von Kinderarmut in Deutschland.



Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116–118
10117 Berlin
Fon: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 308693-93
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de



Das Deutsche
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
bescheinigt:
**Geprüft +
Empfohlen**

ISBN 978-3-922427-55-1